

# **BMF-Bericht zum EU-Haushalt**

und zu seinen Auswirkungen auf den österreichischen Bundeshaushalt

Wien, Februar 2024

## Inhalt

<b>Kurzfassung</b> .....	<b>3</b>
<b>1 Analytischer Teil</b> .....	<b>4</b>
1.1 EU-Gebärung im österreichischen Bundeshaushalt.....	4
1.1.1 Der österreichische EU-Beitrag (UG 15 und UG 16).....	6
1.1.2 Rückflüsse aus dem EU-Haushalt (UG 51).....	7
1.2 Europarechtliche Grundlagen des EU-Haushalts.....	8
1.2.1 Mehrjähriger Finanzrahmen.....	8
1.2.2 Europäisches Aufbauinstrument.....	9
1.2.3 Eigenmittelsystem.....	10
1.2.4 Jährliches Haushaltsverfahren.....	11
1.2.5 Haushaltsordnung.....	12
1.2.6 Entlastungsverfahren.....	12
1.3 EU-budgetpolitische Rahmenbedingungen.....	13
1.3.1 Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027, Aufbauinstrument und Eigenmittelsystem.....	14
1.3.2 Überarbeitungsvorschläge für MFR und Eigenmittelsystem während der Finanzperiode 2021-2027.....	17
1.3.3 EU-Jahreshaushalte bis 2024.....	18
1.4 Rückflüsse aus dem EU-Haushalt nach Österreich.....	20
1.4.1 Kohäsionspolitik.....	22
1.4.2 Landwirtschaft.....	25
1.4.3 Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF).....	26
1.5 Operativer Haushaltssaldo.....	29
1.6 Garantien, Anleihe- und Darlehensoperationen.....	31
1.7 Finanzkontrolle und Betrugsbekämpfung.....	32
1.7.1 Jahresbericht 2022 des Europäischen Rechnungshofes (EuRH).....	32
1.7.2 Betrugsbekämpfungsbericht 2022 der EK.....	34
1.7.3 Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) – Tätigkeitsbericht 2022.....	36
<b>2 Tabellenteil</b> .....	<b>39</b>
<b>3 Abkürzungen</b> .....	<b>45</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	<b>46</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	<b>47</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>48</b>

# Kurzfassung

Für den österreichischen EU-Beitrag sind im Bundesvoranschlag (BVA) 2024 3.100,0 Mio. € vorgesehen. Er wird als Verminderung der Erträge und Einzahlungen an öffentlichen Abgaben dargestellt.

Von den traditionellen Eigenmitteln (Zöllen) werden 75% der eingehobenen Mittel an die EU abgeführt. 25% werden als Einhebungsvergütung zur pauschalen Deckung der mit der Einhebung der Zölle verbundenen Kosten einbehalten. Im BVA 2024 sind für die Einhebungsvergütung 98,0 Mio. € veranschlagt.

Außerdem sind im Bundeshaushalt jene Rückflüsse aus dem EU-Haushalt berücksichtigt, die die Verantwortlichkeit des Bundes berühren. Finanziell von herausragender Bedeutung sind dabei traditionell die Regionalpolitik (EU-Strukturfonds) und die Landwirtschaft, in den kommenden Jahren auch die als Reaktion auf die COVID-19-Krise geschaffene Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility RRF). Für die gesamten in der Untergliederung (UG) 51 veranschlagten Rückflüsse sieht der BVA 2024 3.273,6 Mio. € (Ergebnisvoranschlag) bzw. 3.087,7 Mio. € (Finanzierungsvoranschlag) vor.

Darüber hinaus werden in geringerem Ausmaß weitere Politikbereiche (Forschung, Verkehr, Bildung usw.) in den Mitgliedstaaten mit Mitteln aus dem EU-Haushalt gefördert. Ein Großteil dieser Rückflüsse kommt den Geförderten direkt oder über nichtstaatliche Einrichtungen zugute und scheint deshalb nicht im österreichischen Bundeshaushalt auf.

Sämtliche operative Rückflüsse an die Mitgliedstaaten, auch die von der EU direkt an nicht-staatliche Stellen oder Personen ausgezahlt, werden in den nationalen Haushaltssalden (Nettopositionen) berücksichtigt. Österreich ist Nettozahler.

Die Ausgabenseite des EU-Haushalts wird im jeweiligen Haushaltsjahr vollständig durch Eigenmittel (hauptsächlich nationale EU-Beiträge) und sonstige Einnahmen finanziert, er ist somit stets ausgeglichen. Bis 2026 kommen dazu schuldenfinanzierte Mittel aus dem Europäischen Aufbauinstrument, auch Next Generation EU (NGEU) genannt. Der „reguläre“ EU-Haushalt 2024 sieht Mittel für Zahlungen (MfZ) in der Höhe von 142,6 Mrd. € vor, dazu kommen 112,9 Mrd. € aus NGEU.

# 1 Analytischer Teil

## 1.1 EU-Gebarung im österreichischen Bundeshaushalt

Die Mittelflüsse zwischen dem Bundeshaushalt und der Europäischen Kommission (EK) im Zusammenhang mit dem österreichischen Beitrag zum EU-Haushalt werden in den Untergliederungen (UG) 15 (Finanzverwaltung) bzw. 16 (Öffentliche Abgaben) ausgewiesen. Die Rückflüsse von Mitteln aus dem EU-Haushalt nach Österreich, die den Bundeshaushalt berühren, werden zum Großteil in der UG 51 (Kassenverwaltung) dargestellt.

Ausgaben für EU-finanzierte Förderprogramme scheinen zunächst als Auszahlungen der Ressorts aus deren Detailbudgets (DB) an die Förderwerbenden bzw. Förderstellen auf. In weiterer Folge werden diese Auszahlungen von der EK refundiert und vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) als Einzahlungen (DB 51.01.04 Transfer von der EU) verbucht. Der österreichische Beitrag zur Finanzierung des EU-Haushalts (EU-Beitrag)<sup>1</sup> wird gemäß § 29 Abs. 4 des BHG 2013<sup>2</sup> als Verminderung der Erträge und Einzahlungen an öffentlichen Abgaben (DB 16.01.04) dargestellt.

Die folgende Tabelle stellt die Mittelflüsse zwischen dem Bundeshaushalt und der EK dar. Sie eignet sich aus methodischen Gründen nicht zur Berechnung der operativen Haushaltssalden (Nettopositionen). Die Nettopositionen der Mitgliedstaaten sind den Abschnitten 1.5 und 2 zu entnehmen. Die dort dargestellten Salden basieren auf offiziellen Daten der EK und berücksichtigen – im Gegensatz zur folgenden Tabelle – auch Rückflüsse an nicht-öffentliche Fördernehmer.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um den „nationalen Beitrag“ gemäß EK-Definition, der sich folgendermaßen zusammensetzt: MwSt-basierte Eigenmittel + BNE-abhängige Eigenmittel + Plastik-Eigenmittel + Nettopauschalkorrektur (österreichischer Pauschalrabatt abzüglich österreichischer Beitrag zur Finanzierung der Rabatte) + Anpassung für die Nichtteilnahme einzelner Mitgliedstaaten an Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres und der Europäischen Staatsanwaltschaft.

<sup>2</sup> Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes (Bundeshaushaltsgesetz 2013 – BHG 2013), BGBl. I Nr. 139/2009 idgF.

Tabelle 1: Österreichs EU-Beitrag und Rückflüsse; Finanzierungshaushalt; in Mio. €

	2023	2024	2025	2026	2027
	BVA	BVA	BFRG 24-27	BFRG 24-27	BFRG 24-27
<b>DB 15.01.02</b>					
Einhebungsvergütungen <sup>1)</sup>	78,0	98,0	102,3	106,7	110,7
<b>DB 16.01.04 EU-Beitrag</b>					
EU-Beitrag <sup>2)</sup>	3.600,0	3.100,0	3.900,0	4.100,0	4.400,0
<b>DB 51.01.04 EU-Rückflüsse</b>					
EU Garantiefonds für die Landwirtschaft	704,0	704,0	704,0	704,0	704,0
EU Fonds für die ländliche Entwicklung	638,0	586,0	586,0	586,0	586,0
EU Meeres- und Fischereifonds	1,6	1,2	1,2	1,2	0,5
EU Fonds für die regionale Entwicklung	162,7	62,6	85,3	117,8	97,8
EU Sozialfonds (+)	83,9	69,3	67,4	67,4	67,5
EU Solidaritätsfonds	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
EU Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
EU Hilfsfonds für die am stärksten Benachteiligten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
EU Kostenersätze (Dienstreisen)	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Aufbau- und Resilienzfähigkeit	750,0	1.664,1	515,0	632,1	0,0
Brexit Adjustment Reserve	6,7	0,0	5,8	0,0	0,0
<b>DB 51.01.04 Summe</b>	<b>2.347,3</b>	<b>3.087,7</b>	<b>1.965,2</b>	<b>2.109,0</b>	<b>1.456,3</b>
Sonstige Rückflüsse in den Bundeshaushalt <sup>3)</sup> (diverse UG)	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
<b>Rückflüsse insgesamt</b>	<b>2.387,3</b>	<b>3.127,7</b>	<b>2.005,2</b>	<b>2.149,0</b>	<b>1.496,3</b>

<sup>1)</sup> 25% der eingehobenen traditionellen Eigenmittel

<sup>2)</sup> Nationaler Beitrag = MwSt-basierte Eigenmittel + BNE-abhängige Eigenmittel + Plastik-Eigenmittel + Nettopauschalkorrektur (österreichischer Pauschalrabatt abzüglich österreichischer Beitrag zur Finanzierung der Rabatte) + Anpassung für die Nichtteilnahme einzelner Mitgliedstaaten an Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres und der Europäischen Staatsanwaltschaft.

<sup>3)</sup> ab 2023 Schätzungen

Anm: Rundungsdifferenzen

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Traditionell generiert in Österreich die Landwirtschaft einen großen Teil der Förderungen aus dem EU-Haushalt. Während die Rückflüsse aus der ersten Säule der EU-Landwirtschaftspolitik (vorwiegend Direktzahlungen zugunsten landwirtschaftlicher Geförderter aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft EGFL) mit ihren gut vorhersehbaren Unterstützungsleistungen weitgehend stabil sind, schwanken sowohl ein Großteil der sonstigen Rückflüsse als auch der EU-Beitrag von Jahr zu Jahr, v.a. aufgrund des mehrjährigen Charakters der Förderprogramme. Neben Rückflüssen aus den traditionellen EU-Strukturfonds (im Wesentlichen: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung EFRE und Europäischer Sozialfonds ESF bzw. ESF+) machen sich seit 2021 Rückflüsse aus der RRF (siehe Abschnitt 1.3.1) bemerkbar. Im Jahr 2024 ist mit besonders hohen RRF-Rückflüssen zu rechnen, weil in diesem Jahr voraussichtlich zwei RRF-Zahlungsanträge zu Zahlungen führen werden, während es in anderen Jahren in der Regel nur einer ist.

Teil der EU-Gebahrung im weiteren Sinne sind darüber hinaus Zahlungsströme des Bundeshaushalts an die EU, die nicht vom „EU-Beitrag“ umfasst sind und in verschiedenen Untergliederungen veranschlagt werden, weil sie bilateral durch die Mitgliedstaaten finanziert werden. Dies betrifft insbesondere noch ausständige Beiträge zum Europäischen Entwicklungsfonds (UG 45), der seit 2021

in den regulären EU-Haushalt integriert wird, Beiträge zur Europäischen Friedensfazilität (UG 14) sowie bilaterale Beiträge zu gemeinschaftlichen Initiativen wie etwa regionalen EU-Treuhandfonds zur Unterstützung bestimmter Regionen außerhalb der EU (UG 12).

### **1.1.1 Der österreichische EU-Beitrag (UG 15 und UG 16)**

Der BVA sieht 3.100,0 Mio. € für den österreichischen EU-Beitrag im Jahr 2024 im DB 16.01.04 EU Ab-Überweisungen II vor. Dies umfasst folgende auf EU-Ebene gesamthaft als „nationaler Beitrag“ definierte Eigenmittelbeitragsarten, unter Berücksichtigung einiger Ermäßigungen, insbesondere der „Rabatte“ für Deutschland, Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden bzw. der Finanzierungsbeiträge zu diesen Ermäßigungen:

- Eigenmittel auf Basis eines einheitlichen Abrufsatzes auf erhobene Mehrwertsteuern (MwSt)
- Eigenmittel auf Basis des Gewichts der in dem jeweiligen Mitgliedstaat angefallenen nicht recycelten Verpackungsabfälle aus Kunststoff („Plastik-Eigenmittel“)
- Eigenmittel auf Basis des Bruttonationaleinkommens (BNE)

Gemäß § 11 Abs 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG 2024)<sup>3</sup> beteiligen sich neben dem Bund (Konto 8890.000) auch die Länder (Konto 8891.000) an der Finanzierung des österreichischen EU-Beitrags. Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an die Länder zum Ausdruck.

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) führt im Namen der EK ein eigenes Konto (Art.-9-Konto)<sup>4</sup>, das mit der Haushaltsverrechnung verknüpft ist. Die monatlichen Eigenmittelgutschriften erfolgen auf dieses Konto der EK und werden im Bundeshaushalt bei DB 16.01.04 dargestellt.

Das Art.-9-Konto (siehe Abschnitt 1.2.3, letzter Absatz) weist darüber hinaus die Gutschriften für die traditionellen Eigenmittel aus, das sind Zölle auf Einfuhren aus Drittstaaten. Diese sind aber nicht Teil des nationalen EU-Beitrags, weil sie als „echte“ EU-Einnahmen im Rahmen der Zollunion angesehen werden, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat Waren beim Import in die EU verzollt werden. Die traditionellen Eigenmittel werden lediglich in der Vermögensrechnung des Bundes ausgewiesen. 75% der eingehobenen Zölle werden an die EU abgeführt, die restlichen 25%

---

<sup>3</sup> Bundesgesetz, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2024 bis 2028 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 2024 – FAG 2024), BGBl. I Nr. 168/2023.

<sup>4</sup> Bezogen auf Art. 9 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel idgF.

der Zolleinnahmen als Einhebungsvergütung (DB 15.01.02) zur pauschalen Deckung der mit der Einhebung verbundenen Kosten von den Mitgliedstaaten einbehalten. Der einbehaltene Betrag wird der Finanzverwaltung zugerechnet. Im BVA 2024 sind für die Einhebungsvergütung Einzahlungen bzw. Erträge in der Höhe von 98,0 Mio. € vorgesehen.

### **1.1.2 Rückflüsse aus dem EU-Haushalt (UG 51)**

Im österreichischen Bundeshaushalt sind alle Rückflüsse aus dem EU-Haushalt berücksichtigt, welche gemäß den Vorgaben der EU die Verantwortlichkeit des Bundes berühren. Dabei kommt größtenteils folgender Mechanismus zur Anwendung: Die Verbuchung von Rückflüssen aus EU-Förderprogrammen erfolgt zunächst als Auszahlungen/Aufwendungen der Ressorts aus deren Detailbudget zugunsten der Förderwerbenden bzw. Förderstellen. In weiterer Folge werden diese von der EK refundiert und vom Bundesministerium für Finanzen als Einzahlungen/Erträge (DB 51.01.04 Transfer von der EU) vereinnahmt.

Finanziell von herausragender Bedeutung sind dabei traditionell die Regionalpolitik, auch Kohäsionspolitik genannt (EU-Strukturfonds), und die Landwirtschaft. Seit dem Haushaltsjahr 2021 spielt auch die als Reaktion auf die COVID-19-Krise geschaffene RRF finanziell eine wesentliche Rolle. Dies wird noch bis 2026 der Fall sein. Für die gesamten in der UG 51 veranschlagten Rückflüsse sieht der BVA 2024 3.273,6 Mio. € (Ergebnisvoranschlag) bzw. 3.087,7 Mio. € (Finanzierungsvoranschlag) vor.

Die im Bundeshaushalt als Rückflüsse veranschlagten Beträge können von den aus EU-Sicht an Österreich überwiesenen Beträgen (siehe Tabellen in Abschnitt 1.4) abweichen. Gründe dafür sind einerseits unterschiedliche Periodenabgrenzungen und andererseits nicht extra als privat oder öffentlich ausgewiesene Rückflüsse in einzelnen Förderprogrammen.

Beispielsweise fließen nennenswerte Rückflüsse im Forschungsbereich nicht an die Budgets der Mitgliedstaaten, sondern direkt u.a. an Forschungsinstitute, Unternehmen oder Agenturen wie Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung OeAD, die EU-Gelder vereinnahmt und in Form von Erasmus-Stipendien an Studierende auszahlt. Die EK veröffentlicht die Rückflussbeträge aus den verschiedenen Programmen je Mitgliedstaat.<sup>5</sup> Auch im Bereich der Verwaltungsausgaben fließen nur geringe Beträge über den Bundeshaushalt (hauptsächlich Kostenersatz für Dienstreisen im Zusammenhang mit Sitzungen auf EU-Ebene). Die über den Bundeshaushalt abgewickelten Rückflüsse im Bereich Migration und Grenzmanagement sind vorwiegend dem Bundesministerium

---

<sup>5</sup> Aktuell: [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/2021-2027/spending-and-revenue\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/2021-2027/spending-and-revenue_en)

für Inneres (BMI) zuzurechnen (UG 11), die restlichen rechnet die EK größtenteils direkt mit nicht-öffentlichen Empfängern ab.

Die budgetäre Veranschlagung der geplanten jährlichen Auszahlungen an die Geförderten erfolgt bei den zuständigen Ressorts. Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW; UG 20) und das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK; UG 21) sind für die Verwaltung von ESF bzw. ESF+ verantwortlich. Die Mittel aus dem EFRE sowie die Zahlungen im Agrarbereich werden beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML; UG 42) veranschlagt. Diese Ressorts bestätigen die Ausgaben-erklärungen und stellen an die EK die Anträge auf Refundierung. Die EK überprüft die eingereichten Unterlagen und überweist, sofern die Regeln eingehalten worden sind, die beantragten Beträge nach Österreich. Das BMF vereinnahmt diese Mittel in der UG 51 und verständigt die Ressorts nach dem Eingang. Bei der RRF stellt hingegen das BMF als Koordinator des österreichischen Aufbauplans auch die Zahlungsanträge an die EK, obwohl die Umsetzung der im Plan angeführten Maßnahmen den zuständigen Ressorts obliegt.

## **1.2 Europarechtliche Grundlagen des EU-Haushalts**

Die im Bundeshaushalt dargestellten Zahlen gehen auf den Haushaltsplan der EU zurück. Der Haushaltsplan wird jedes Jahr von den Mitgliedstaaten (Rat) und dem Europäischen Parlament (EP) jeweils mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet. Die EK führt den jährlichen EU-Haushaltsplan aus. In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten Rechtsgrundlagen für diese Vorgänge vorgestellt. Es handelt sich dabei ausgabenseitig um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR, Abschnitt 1.2.1) sowie das im Zuge der COVID-19-Krise geschaffene Aufbauinstrument NGEU (Abschnitt 1.2.2) und einnahmenseitig um das Eigenmittelsystem (Abschnitt 1.2.3) sowie das jährliche Haushaltsverfahren (Abschnitt 1.2.4), die Haushaltsordnung (Abschnitt 1.2.5) und das Entlastungsverfahren (Abschnitt 1.2.6).

### **1.2.1 Mehrjähriger Finanzrahmen**

Seit 1988 werden die EU-Jahreshaushalte innerhalb der Grenzen eines Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) veranschlagt. Der MFR sieht jährliche Obergrenzen für die großen Ausgabenblöcke (Rubriken) zur finanziellen Ausstattung der verschiedenen Politikbereiche vor. Diese Rubrikenobergrenzen müssen von der EK bei jedem Vorschlag für den nächsten Jahreshaushalt sowie von der Haushaltsbehörde (Rat und EP gemeinsam) bei dessen Verabschiedung berücksichtigt werden. Die Anzahl der Rubriken und die Zuweisung bestimmter Politikbereiche zu diesen Rubriken sind nicht vorgegeben. Diese Fragen sind Gegenstand der Verhandlungen über jeden MFR.



Durch die Obergrenzen wird pro Jahr der maximale Gesamtbetrag (Summe der Obergrenzen für die einzelnen Rubriken) in Mitteln für Verpflichtungen (MfV) sowie eine Gesamtobergrenze in Mitteln für Zahlungen (MfZ) festgelegt. Die EK ist ermächtigt, höchstens im Ausmaß der auf Basis dieser MFR-Obergrenzen<sup>6</sup> im Jahreshaushalt festgelegten MfV rechtliche Verpflichtungen einzugehen – vor allem durch das Unterzeichnen rechtsverbindlicher Förderverträge. Diese Verpflichtungen ziehen in demselben Jahr oder in den Folgejahren Zahlungen nach sich. Für jede einzelne Haushaltlinie wird im Jahreshaushalt ein Betrag in MfV und einer in MfZ beschlossen. Dadurch, dass die eingegangenen Verpflichtungen in der Regel die durchgeführten Zahlungen übersteigen, entsteht ein noch durch Zahlungen abzubauen (kumulierter) Verpflichtungsüberhang (RAL – frz.: *reste à liquider*), den die EK mit Ende 2022 mit 263,0 Mrd. €<sup>7</sup> angab.

Gemäß Art. 312 AEUV gilt:

- Der Rat erlässt einstimmig eine Verordnung zur Festlegung des MFR (MFR-VO); die Zustimmung des EP ist erforderlich.
- Der MFR enthält neben der Tabelle mit den Obergrenzen auch alle sonstigen wesentlichen, für den reibungslosen Ablauf des jährlichen Haushaltsverfahrens sachdienlichen Bestimmungen. Zusätzliche verfahrenstechnische Bestimmungen können in einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen EK, EP und Rat festgelegt werden.
- Der MFR wird für mindestens fünf Jahre erstellt.
- Falls bis zum Ablauf einer Programmperiode keine Einigung auf einen neuen MFR erzielt wird, gelten die Obergrenzen und Bestimmungen des letzten Jahres des auslaufenden MFR.

### **1.2.2 Europäisches Aufbauinstrument**

Gestützt auf Art 122 AEUV wurde im Jahr 2020 im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten angesichts der COVID-19-Pandemie das zeitlich begrenzte Aufbauinstrument der EU geschaffen, dessen wesentlichster Bestandteil die RRF ist. Im Dezember 2020 verabschiedete der Rat eine entsprechende Verordnung, um über das Eigenmittelsystem (siehe folgender Absatz) zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Erholung nach der COVID-19-Krise zu mobilisieren.<sup>8</sup> Das Aufbauinstrument wird auch Next Generation EU (NGEU) genannt.

---

<sup>6</sup> In der MFR-VO (aktuell: Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 idgF) sind Bedingungen festgelegt, unter denen eine Überschreitung von Obergrenzen in einem klar definierten Ausmaß zulässig ist.

<sup>7</sup> Zusätzlich betrug der RAL für Mittel, die aus dem Aufbauinstrument (siehe folgender Absatz) finanziert werden, 189,1 Mrd. €.

<sup>8</sup> Verordnung (EU) 2020/2094 des Rates vom 14. Dezember 2020 zur Schaffung eines Aufbauinstruments der Europäischen Union zur Unterstützung der Erholung nach der COVID-19-Krise.

### 1.2.3 Eigenmittelsystem

Die EU finanziert ihren Gesamthaushalt gemäß Art. 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) im Wesentlichen durch sogenannte Eigenmittel. Sie werden von den Mitgliedstaaten eingehoben und für den EU-Haushalt bereitgestellt. Die Bestimmungen über die Finanzierung des EU-Haushalts sind im Eigenmittelbeschluss (EMB),<sup>9</sup> der entsprechenden Durchführungsverordnung,<sup>10</sup> der Mehrwertsteuereigenmittel-Verordnung<sup>11</sup> sowie in den Bereitstellungsverordnungen<sup>12</sup> geregelt.

Der EMB gilt unbefristet, eine Änderung bedarf der Einstimmigkeit im Rat nach Anhörung des EP und der Ratifizierung durch sämtliche Mitgliedstaaten. Das Eigenmittelsystem legt damit langfristig die Regeln für die Zurverfügungstellung der Finanzmittel fest. Das bedeutet, dass die Union jährlich über Finanzmittel in der zur Finanzierung des Jahreshaushalts erforderlichen Höhe verfügt, ohne dass es dazu besonderer Entscheidungen der Mitgliedstaaten bedürfte. Der EMB legt allerdings üblicherweise verbindliche Obergrenzen in Prozent des BNE der EU fest, die nicht überschritten werden können (siehe Abschnitt 1.3.1).

Bei der Umsetzung des jährlichen Haushaltsplans ergibt sich in der Praxis ein Überschuss, der zu meist wenige Prozent des Gesamthaushalts ausmacht und im Wesentlichen für die Finanzierung des folgenden Jahreshaushalts verwendet wird und den Bedarf an BNE-Eigenmitteln reduziert.

Entsprechend den Bestimmungen der geltenden Bereitstellungsverordnungen „schreibt jeder Mitgliedstaat die Eigenmittel dem Konto (Anm.: „Art. 9-Konto“) gut, das zu diesem Zweck für die EK bei der Haushaltsverwaltung des Mitgliedstaats oder bei der von ihm bestimmten Einrichtung eingerichtet wurde“ (Art. 9 VO 609/2014 idgF.). Eine Sicherheit für die Bereitstellung der Mittel bietet Art. 12, demzufolge der betreffende Mitgliedstaat bei verspäteter Gutschrift Verzugszinsen zu entrichten hat.

---

<sup>9</sup> Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (Eigenmittelbeschluss 2021).

<sup>10</sup> Verordnung (EU, Euratom) Nr. 608/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union.

<sup>11</sup> Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates vom 29. Mai 1989 über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel.

<sup>12</sup> Neben der erwähnten Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel, zuletzt geändert durch Verordnung (EU, Euratom) 2016/804 des Rates vom 17. Mai 2016, gilt seit der Einführung der Plastik-Eigenmittel im Jahr 2021 zusätzlich die Verordnung (EU, Euratom) 2021/770 des Rates vom 30. April 2021 zur Berechnung der auf nicht recycelten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basierenden Eigenmittel, zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung dieser Eigenmittel, der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel sowie bestimmter Aspekte der auf dem Bruttonationaleinkommen basierenden Eigenmittel.

#### **1.2.4 Jährliches Haushaltsverfahren**

Gemäß Art. 314 AEUV präsentiert jedes EU-Organ vor dem 1. Juli einen Haushaltsvoranschlag. Die EK fasst diese Voranschläge zu einem Haushaltsplanentwurf zusammen, der dem Rat und dem EP spätestens am 1. September vorgelegt wird. Der Rat legt seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans fest und leitet ihn – in der Praxis mit Änderungen – spätestens am 1. Oktober dem EP zu. Er unterrichtet das EP auch über die Gründe seines Standpunkts. Üblicherweise legt die EK gemäß einem pragmatischen Kalender ihren Haushaltsplanentwurf zumeist vor dem und der Rat seinen Standpunkt im Sommer fest, sodass das EP sofort nach der Sommerpause den EK-Entwurf und den Ratsstandpunkt diskutieren kann.

Binnen 42 Tagen nach der Übermittlung des Ratsstandpunkts kann das EP den Haushaltsplan in seiner Lesung erlassen oder den Entwurf mit seinen Abänderungen an den Rat zurückverweisen. Der Rat kann diese Änderungen binnen weiterer zehn Tage annehmen, der Haushaltsplan ist somit erlassen.

Wenn der Rat hingegen die Änderungen des EP ablehnt, wird ein Vermittlungsausschuss einberufen. In der Praxis ist dies der Regelfall. Der Vermittlungsausschuss besteht aus allen Mitgliedern des Rates (also je einem Vertreter pro Mitgliedstaat) und ebenso vielen Vertretern des EP. Der Vermittlungsausschuss hat die Aufgabe, innerhalb von 21 Tagen eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf (politischer Kompromiss) zu erzielen.

Einigt sich der Vermittlungsausschuss auf einen gemeinsamen Entwurf, so verfügen der Rat und das EP über eine Frist von 14 Tagen, um diesen zu billigen oder abzulehnen. Der Haushalt gilt als angenommen, wenn beide Teile der Haushaltsbehörde dem gemeinsamen Entwurf zustimmen. Ebenso gilt der Haushalt als angenommen, wenn das EP dem gemeinsamen Entwurf zustimmt, der Rat diesen aber ablehnt.

Wenn eines der beiden Organe den gemeinsamen Entwurf ablehnt, während das andere keinen Beschluss fasst, so gilt der Haushaltsplan als abgelehnt und die EK muss einen neuen Entwurf für den Haushaltsplan vorlegen. Ebenso hat die EK einen neuen Entwurf vorzulegen, wenn sich der Vermittlungsausschuss auf keinen gemeinsamen Entwurf einigen konnte bzw. wenn der Rat dem gemeinsamen Entwurf zwar zugestimmt hat, aber dieser vom EP abgelehnt wurde. Daher gibt es keine Annahme des EU-Haushalts gegen den Willen des EP.

Dieses Verfahren kommt auch bei der Annahme von Berichtigungshaushaltsplänen (BH) zum laufenden Haushaltsjahr zur Anwendung.

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Haushaltsplan noch nicht endgültig erlassen, so können monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im betreffenden Kapitel des Haushaltsplans des vorangegangenen Haushaltsjahres eingesetzten Mittel vorgenommen werden, sie dürfen jedoch ein Zwölftel der im Haushaltsplanentwurf eingesetzten Mittel nicht übersteigen.

### **1.2.5 Haushaltsordnung**

Die Haushaltsordnung<sup>13</sup> regelt die Details der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans. Sie legt die Haushaltsgrundsätze und die Gliederung des Haushalts fest. Der umfangreichste Teil der Haushaltsordnung gibt die Regeln für den Vollzug des Haushalts vor. In diesem Teil werden u.a. die Finanzakteure (Anweisungsbefugte, Rechnungsführer, Zahlstellenverwalter) und ihre Aufgaben sowie die Ausgabenarten (Finanzhilfen, Preisgelder, Finanzierungsinstrumente) definiert.

### **1.2.6 Entlastungsverfahren**

Die Entlastung ist jener Rechtsakt, mit dem das EP auf Empfehlung des Rates die EK jeder weiteren Haftung im Zusammenhang mit ihrer Haushaltsführung entbindet und damit den Haushaltskreislauf schließt. Das Entlastungsverfahren wird in Art. 319 AEUV und detailliert in den Art. 260 bis 263 der Haushaltsordnung sowie in der Geschäftsordnung des EP geregelt.

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) übermittelt den für die Entlastung zuständigen Behörden und den anderen Institutionen spätestens bis 15. November des Folgejahres seinen Jahresbericht samt den Antworten der Institutionen.

Sobald der EuRH den Jahresbericht übermittelt hat, informiert die EK die betroffenen Mitgliedstaaten unverzüglich über die detaillierten Aussagen des Berichts, die sich auf die Mittelverwendung beziehen. Nach Erhalt dieser Informationen müssen die Mitgliedstaaten der EK innerhalb von 60 Tagen ihre Kommentare zukommen lassen. Die EK übermittelt vor dem 28. Februar eine Zusammenfassung derselben an den EuRH, den Rat und das EP.

Das EP kann die EK auffordern, Auskunft über die Abwicklung der Ausgaben und die Arbeitsweise der Finanzkontrollsysteme zu erteilen. Nach Anhörung der EK und Bewertung der vorgelegten Informationen sowie nach einer mit qualifizierter Mehrheit beschlossenen Empfehlung des Rates

---

<sup>13</sup> Verordnung (EU, EURATOM) Nr. 1046/2018 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012.

entlastet das EP die EK hinsichtlich des Haushaltsvollzugs eines Jahres vor dem 15. Mai des übernächsten Jahres.

Das EP hat die politische Komponente der Entlastung nach und nach ausgebaut und sie dazu benutzt, sich immer größeren Einfluss auf die Art und Weise zu verschaffen, wie die EK die ihr übertragenen Befugnisse und Aufgaben wahrnimmt:

- **Aufschub der Entlastung:**  
Stellt das EP bei der Vorbereitung der Aussprache über die Entlastung (oder der Rat bei seinen Beratungen im Hinblick auf eine Entlastungsempfehlung) Unklarheiten fest, so vertagt es den Entlastungsbeschluss und teilt der EK die Gründe dafür mit.
- **Verweigerung der Entlastung:**  
Die Verweigerung der Entlastung ist weder im Primärrecht noch in der Haushaltsordnung festgeschrieben. Diese Fragen sind nur in Art. 3 und 5 des Anhangs V zur Geschäftsordnung des EP geregelt.

Das EP verweigert die Entlastung nur in Ausnahmefällen. Bislang kam es zweimal zu einer Weigerung (1982 und 1996). Die Entlastung für das Haushaltsjahr 1982 wurde nachträglich doch noch erteilt. Die Nicht-Entlastung für das Haushaltsjahr 1996 führte hingegen im Jahr 1999 zum Rücktritt der EK unter EK-Präsident Jacques Santer, die damit einem sich abzeichnenden Misstrauensantrag des EP zuvorkam.

### **1.3 EU-budgetpolitische Rahmenbedingungen**

Die in den vorangegangenen Abschnitten beschriebenen Rechtsgrundlagen für die mehrjährige Rahmenplanung, die Verabschiedung und die Umsetzung der jährlichen Haushaltspläne sowie deren Finanzierung bedürfen politischer Entscheidungen, die dann in die oben beschriebenen Rechtsakte gegossen werden. Die folgenden Abschnitte stellen die entsprechenden politischen Prozesse und deren Ergebnisse dar, die den EU-Haushalt und letztlich auch die Rückflüsse aus dem EU-Haushalt nach Österreich sowie den österreichischen EU-Beitrag bestimmen werden.

### 1.3.1 Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027, Aufbauinstrument und Eigenmittelsystem

Bei der Sitzung des Europäischen Rates vom 17. bis 21. Juli 2020 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Gesamtkompromiss zum MFR 2021-2027 und zu einem neuen Aufbauinstrument sowie zu deren Finanzierung. Nach einigen inhaltlichen Anpassungen stimmte das EP am 16. Dezember 2020 zu. Die wesentlichsten Elemente der Einigung auf einen Blick:<sup>14</sup>

- MFR-Gesamtausgabenobergrenze: rund 1.212,5 Mrd. € in MfV bzw. 1.196,8 Mrd. € in MfZ.
- Zeitlich begrenztes, schuldenfinanziertes Aufbauinstrument NGEU in der Höhe von bis zu 806,9 Mrd. €, davon bis zu 421,1 Mrd. € Zuschüsse und bis zu 385,8 Mrd. € Darlehen.
- Erhöhung des Ziels für den Anteil klimarelevanter Ausgaben von derzeit 20% auf 30%.
- Einführung einer Konditionalitätsregelung, die die Vergabe von Fördermitteln stärker von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit im betroffenen Mitgliedstaat abhängig macht.

Die Einigung bedeutet eine Aufstockung der Mittel für die meisten Förderprogramme im Vergleich zur Finanzperiode 2014-2020.

Der Anteil, der laufend durch Eigenmittelbeiträge der Mitgliedstaaten und sonstige Einnahmen finanziert wird, wird in der folgenden Tabelle nach Ausgabenrubriken aufgeschlüsselt, das über Schulden und letztlich zukünftige Eigenmittelbeiträge der Mitgliedstaaten finanzierte NGEU ist darin nicht berücksichtigt. Die Abweichung der Gesamtbeträge von den oben iZm. der Einigung aus 2020 genannten Zahlen ergibt sich aus nachträglichen technischen Anpassungen.

---

<sup>14</sup> Die Beträge sind zum besseren Verständnis, wie im österreichischen Haushalt üblich, in laufenden Preisen dargestellt. Es sei darauf hingewiesen, dass Verhandlungen über mehrjährige Budgetrahmen auf EU-Ebene vorwiegend in konstanten Preisen geführt werden, wobei zumeist eine Anpassung im Ausmaß von 2% jährlich als Inflationsabgeltung unterstellt wird. In Darstellungen der EK und auch in einigen Rechtsgrundlagen finden sich daher fallweise Beträge in konstanten Preisen, die nicht inflationsangepasst sind. Als Quellen für die angegebenen Beträge in laufenden Preisen werden in diesem Abschnitt die Mitteilung der EK COM(2023) 320 final/ANNEX vom 6.6.2023 sowie die Publikation "The EU's 2021-2027 long-term Budget and NextGeneration EU - Facts and Figures" (<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d3e77637-a963-11eb-9585-01aa75ed71a1/language-en>) herangezogen.

Tabelle 2: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027; in Mio. €; laufende Preise

Mittel für Verpflichtungen	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Summe 2021-2027
<b>1. Binnenmarkt, Innovation und Digitales</b>	<b>20.919,0</b>	<b>21.878,0</b>	<b>21.727,0</b>	<b>21.598,0</b>	<b>21.272,0</b>	<b>21.847,0</b>	<b>22.077,0</b>	<b>151.318,0</b>
<b>2. Zusammenhalt, Resilienz und Werte</b>	<b>6.364,0</b>	<b>67.806,0</b>	<b>70.137,0</b>	<b>73.289,0</b>	<b>74.993,0</b>	<b>66.536,0</b>	<b>70.283,0</b>	<b>429.408,0</b>
2a. Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	1.769,0	61.345,0	62.939,0	64.683,0	66.479,0	56.725,0	58.639,0	372.579,0
2b. Resilienz und Werte	4.595,0	6.461,0	7.198,0	8.606,0	8.514,0	9.811,0	11.644,0	56.829,0
<b>3. Natürliche Ressourcen und Umwelt</b>	<b>56.841,0</b>	<b>56.965,0</b>	<b>57.295,0</b>	<b>57.449,0</b>	<b>57.558,0</b>	<b>57.332,0</b>	<b>57.557,0</b>	<b>400.997,0</b>
Davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	40.368,0	40.639,0	40.693,0	40.603,0	40.665,0	40.691,0	40.651,0	284.310,0
<b>4. Migration und Grenzmanagement</b>	<b>1.791,0</b>	<b>3.360,0</b>	<b>3.814,0</b>	<b>4.020,0</b>	<b>4.387,0</b>	<b>4.315,0</b>	<b>4.465,0</b>	<b>26.152,0</b>
<b>5. Sicherheit und Verteidigung</b>	<b>1.696,0</b>	<b>1.896,0</b>	<b>1.946,0</b>	<b>2.004,0</b>	<b>2.243,0</b>	<b>2.435,0</b>	<b>2.705,0</b>	<b>14.925,0</b>
<b>6. Nachbarschaft und die Welt</b>	<b>16.247,0</b>	<b>16.802,0</b>	<b>16.329,0</b>	<b>15.830,0</b>	<b>15.304,0</b>	<b>14.754,0</b>	<b>15.331,0</b>	<b>110.597,0</b>
<b>7. Europäische öffentliche Verwaltung</b>	<b>10.635,0</b>	<b>11.058,0</b>	<b>11.419,0</b>	<b>11.773,0</b>	<b>12.124,0</b>	<b>12.506,0</b>	<b>12.959,0</b>	<b>82.474,0</b>
Davon: Verwaltungsausgaben der Organe	8.216,0	8.528,0	8.772,0	9.006,0	9.219,0	9.464,0	9.786,0	62.991,0
<b>Mittel für Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>114.493,0</b>	<b>179.765,0</b>	<b>182.667,0</b>	<b>185.963,0</b>	<b>187.881,0</b>	<b>179.725,0</b>	<b>185.377,0</b>	<b>1.215.871,0</b>
<b>Mittel für Zahlungen insgesamt</b>	<b>163.496,0</b>	<b>166.534,0</b>	<b>168.575,0</b>	<b>170.543,0</b>	<b>173.654,0</b>	<b>177.126,0</b>	<b>180.668,0</b>	<b>1.200.596,0</b>

Quelle: EK, COM(2023) 320 final/ANNEX

NGEU speist das größte Programm der aktuellen Finanzperiode, die RRF. Über die RRF werden im Rahmen von NGEU in den Jahren 2021 bis 2026 bis zu 723,8 Mrd. €, davon bis zu 338,0 Mrd. € Zuschüsse und bis zu 385,8 Mrd. € Darlehen, ausgezahlt. Die von der COVID-19-Krise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten erhielten vergleichsweise hohe Zuteilungen. Im August 2023 lief die letzte Antragsfrist für RRF-Darlehen ab, 93,2 Mrd. € blieben ungenützt. Im Zusammenhang mit den ehrgeizigeren Klimaschutzzielen der EU wurde ein Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund; JTF) geschaffen. Dieser ist mit rund 19,3 Mrd. € aus MFR und NGEU dotiert und soll Investitionen besonders in Regionen fördern, für die der Übergang zur Klimaneutralität wirtschaftlich und sozial eine besonders große Herausforderung darstellt.

Zur Finanzierung der Haushalte legt der EMB folgende Eigenmittel fest:

- Traditionelle Eigenmittel: Abgaben, die direkt an den Außengrenzen der EU eingehoben werden (Zölle). Die Einhebung der Abgaben und deren Abführung an die EK obliegen den Mitgliedstaaten, diese behalten dafür eine Einhebungsvergütung von 25% zur pauschalen Deckung ihrer Kosten ein (Einhebungsvergütung).
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel: Mittel, die durch Anwendung eines prozentuellen Abrufsatzes auf die nach Unionsvorschriften harmonisierte Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten errechnet werden.

- Plastik-Eigenmittel (seit 2021): Mittel, die den Mitgliedstaaten in Abhängigkeit vom Gewicht des nicht recycelten Plastikverpackungsmülls verrechnet werden. Die Finanzierung dieser neuen Eigenmittel bleibt den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen.
- BNE-Eigenmittel: Restgröße, die durch Anwendung eines einheitlichen Abrufsatzes auf das nationale BNE ermittelt wird.

Mehr als die Hälfte des EU-Haushalts (ohne das schuldenfinanzierte NGEU) wird über BNE-Eigenmittel finanziert. Der Finanzierungsbedarf an Eigenmitteln wird in der Praxis durch den sich im Vollzug ergebenden Haushaltsüberschuss aus dem Vorjahr etwas reduziert, weiters durch „sonstige Einnahmen“, wie z.B. Abgaben und Pensionsbeiträge der EU-Bediensteten, Wettbewerbsstrafen, Vermögenserträge, Verzugszinsen, Einnahmen aus Anleihe- und Darlehensoperationen, im Austrittabkommen vereinbarte Zahlungen des Vereinigten Königreichs usw.

Neben der Einführung der neuen Eigenmittelkategorie in Abhängigkeit des Gewichts von nicht recyceltem Plastikverpackungsabfall brachte die Einigung zum Finanzpaket folgende Neuerungen:

- Ermäßigung der jährlichen BNE-basierten Beiträge für Dänemark um 377,0 Mio. €, Deutschland um 3.671,0 Mio. €, die Niederlande um 1.921,0 Mio. €, Österreich um 565,0 Mio. € und Schweden um 1.069,0 Mio. € jeweils zu Preisen von 2020<sup>15</sup>
- Erhöhung der Einhebungsvergütung bei den traditionellen Eigenmitteln von 20% auf 25%
- Erhöhung der MfZ-Eigenmittelobergrenze von 1,20% des BNE auf 1,40% des BNE
- Ermächtigung der EK, bis 2026 auf den Kapitalmärkten bis zu 806,9 Mrd. €<sup>16</sup> für die Finanzierung von NGEU aufzunehmen (inklusive Ermächtigung, bis 2058 zusätzliche 0,6% des BNE an Eigenmitteln außerhalb der Eigenmittelobergrenze für die Rückzahlung zu verwenden)
- Absichtserklärung für die Einführung weiterer neuer Eigenmittel

Der Eigenmittelbeschluss (EMB) 2021 trat am 1. Juni 2021 rückwirkend mit 1. Jänner 2021 in Kraft.

Die österreichische BNE-Ermäßigung ("Rabatt") schlägt sich 2024, nach Abzug des österreichischen Anteils an der Finanzierung der anderen Rabatte, in Form eines um 407,8 Mio. €<sup>17</sup> reduzierten EU-Beitrags nieder. Die Einführung der Plastik-Eigenmittel ersetzt einen Teil der BNE-Eigenmittel. Da

<sup>15</sup> Die EK ermittelt die Beträge zu laufenden Preisen unter Anwendung aktueller Inflationsdaten (BIP-Deflator).

<sup>16</sup> In laufende Preise umgerechneter Betrag, der sich aus den in der Rechtsgrundlage genannten 750,0 Mrd. € in konstanten Preisen ergibt.

<sup>17</sup> Dieser Nettobetrag ist im Haushaltsentwurf der EK für 2024 veranschlagt. Er ergibt sich aus der im Eigenmittelbeschluss festgelegten Regelung: Brutorabatt für Österreich in der Höhe von 565 Mio. € zu Preisen von 2020, der mit dem aktuellen BIP-Deflator angepasst wird, abzüglich dem österreichischen Anteil an der Finanzierung der Rabatte für die fünf Mitgliedstaaten.



der österreichische BNE-Anteil deutlich höher ist als der Plastik-Eigenmittelanteil, ergibt sich daraus eine weitere Reduktion des österreichischen EU-Beitrags.

Die nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt steigen in der Finanzperiode 2021-2027 verglichen mit der Vorperiode wegen des etwas höheren MFR und insbesondere wegen des Wegfalls des Vereinigten Königreichs als wesentlicher Nettozahler an.

### **1.3.2 Überarbeitungsvorschläge für MFR und Eigenmittelsystem während der Finanzperiode 2021-2027**

Die EK legte im Dezember 2021 und im Juni 2023 Vorschläge zur Einführung neuer Eigenmittel auf folgender Basis vor:

- 30% der Einnahmen aus dem Handel mit Emissionszertifikaten<sup>18</sup>
- 75% der Einnahmen aus dem neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism)<sup>19</sup>
- 15% der Mittel, die den Mitgliedstaaten aufgrund der Besteuerung von Gewinnen der größten multinationalen Unternehmen gemäß des „Säule 1“ des OECD/G20-Grundsatzabkommens aus 2021 zufließen sollen (Vorschlag Dezember 2021)<sup>20</sup> bzw. 0,5% der Bruttounternehmensgewinne (Vorschlag Juni 2023)

Die Einführung neuer Eigenmittel würde jeweils eine Reduktion der Summe der BNE-Eigenmittel im selben Ausmaß bedeuten. Somit würden keine zusätzlichen Mittel für Ausgaben zur Verfügung stehen, die Aufteilung der nationalen Beiträge zwischen den Mitgliedstaaten würde sich aber verschieben.

Ebenfalls im Juni 2023 legte die EK auch einen ausgabenseitigen Vorschlag zur Überarbeitung des MFR 2021-2027 mit folgenden Eckpunkten vor:

- Einführung einer Ukraine-Fazilität: 50,0 Mrd. € für vier Jahre zur Sicherstellung der weiteren Unterstützung, davon 33 Mrd. € Darlehen und 17 Mrd. € Zuschüsse, außerhalb der MFR-Obergrenzen.

---

<sup>18</sup> [https://climate.ec.europa.eu/eu-action/eu-emissions-trading-system-eu-ets\\_de](https://climate.ec.europa.eu/eu-action/eu-emissions-trading-system-eu-ets_de)

<sup>19</sup> [https://taxation-customs.ec.europa.eu/carbon-border-adjustment-mechanism\\_de](https://taxation-customs.ec.europa.eu/carbon-border-adjustment-mechanism_de)

<sup>20</sup> <https://www.oecd.org/tax/beps/statement-on-a-two-pillar-solution-to-address-the-tax-challenges-arising-from-the-digitalisation-of-the-economy-october-2021.pdf>

- Einführung eines Sonderinstruments außerhalb der MFR-Obergrenzen, das weitere Zinszahlungen für NGEU-Schulden aus dem EU-Haushalt trotz des massiv gestiegenen Zinsniveaus weiterhin ohne Umschichtungen von Mitteln aus Förderprogrammen sicherstellen soll.
- Einführung einer Plattform für strategische Investitionen für Europa (STEP): unterschiedliche Maßnahmen, die bis 2027 zusätzliche Ausgaben von insgesamt 10 Mrd. € (MfV) aus dem EU-Haushalt bedeuten würden.
- Zusatzausgaben in der Höhe von etwa 20 Mrd. € (MfV) für Migration, Außeninstrumente, Verwaltung und zusätzliche Flexibilitäten im MFR für unvorhergesehene Ausgaben.

Der Europäische Rat erzielte bei seiner außerordentlichen Sitzung am 1. Februar 2024 eine Grundsatzvereinbarung, die die Schaffung der Ukraine-Fazilität in der von der EK vorgeschlagenen Höhe und ihre Finanzierung außerhalb der MFR-Obergrenzen bestätigte. Für die übrigen genannten Prioritäten einigte sich der Europäische Rat auf Redimensionierungen (insbesondere bei STEP) und Umschichtungen aus anderen Ausgabenbereichen, so dass die ursprünglich von der EK vorgesehene Erhöhung der MFR-Obergrenzen für 2024 bis 2027 in der Höhe von über 24 Mrd. € auf eine Erhöhung in der Höhe von 2,4 Mrd. € reduziert werden.

Zum Zeitpunkt der Finalisierung des vorliegenden Berichts ist mit einer formellen Verabschiedung und Inkrafttreten der Rechtsgrundlagen (VO zur Einführung der Ukraine-Fazilität, STEP-Omnibus-VO sowie Änderung der MFR-VO) bis März 2024 zu rechnen.

### **1.3.3 EU-Jahreshaushalte bis 2024**

Im Dezember 2022 verabschiedeten der Rat und das EP den EU-Haushalt 2023 in der Höhe von rund 186,6 Mrd. € in MfV bzw. rund 168,6 Mrd. € in MfZ. Im Lauf des Jahres 2023 änderten Rat und EP auf Vorschlag der EK den laufenden EU-Haushalt durch vier Berichtigungshaushalte (BH 1 bis 4) ab:

- BH 1/2023 (technische Anpassungen, CBAM, Space Secure Connectivity, Datenschutzbeauftragter usw.): Gegenstand sind technische Anpassungen aufgrund politischer Einigungen über mehrere Legislativvorschläge, unter anderem über REPowerEU<sup>21</sup>, CBAM (20 zusätzliche Mitarbeiter 2023), das Programm der Union für sichere Konnektivität (+50 Mio. € MfV) und die Aufstockung der Mittel für den Datenschutzbeauftragten (EDPS) um 300.000 €. Der Nettoeffekt des BH 1/2023 auf die Ausgaben beträgt insgesamt +52,6 Mio. € MfV. Kein zusätzlicher Bedarf an MfZ.

---

<sup>21</sup> Im Februar 2023 wurde das Programm REPowerEU verabschiedet, dessen Ziel die Transformation des Energiesystems Europas ist, um rascher die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen, insbesondere aus Russland, zu beenden und den Kampf gegen die Klimakrise zu verstärken (siehe Abschnitt 1.4.3).

- BH 2/2023 (Saldo 2022): Bedingt durch einen Überschuss bei den Einnahmen in der Höhe von 2.198,4 Mio. € und geringere Zahlungen bei den Ausgaben in der Höhe von rund 320,6 Mio. € werden 2.519,0 Mio. € in den Haushalt 2023 übertragen und reduzieren somit die Eigenmittelfinanzierung durch die Mitgliedstaaten.
- BH 3/2023 (neue Eigenmittel, Chip-Gesetz): Der BH 3/2023 liefert u.a. eine Aktualisierung der Eigenmittelschätzung. Weiter enthalten sind Anpassungen in Zusammenhang mit dem Beginn und der Finanzierung der forcierten Munitionsproduktion für die Ukraine im Rahmen des ASAP (Act in Support of Ammunition Production) sowie betreffend das Chip-Gesetz<sup>22</sup>. Zusätzliche Mittel sind für internationale Fischereiabkommen sowie den EDPS vorgesehen. Insgesamt kommt es zu einer Erhöhung um 54,8 Mio. € bei den MfV und zu einer Verringerung um 190,9 Mio. € bei den MfZ.
- BH 4/2023 (Anpassung insbesondere des Zahlungsmittelbedarfs): Der BH 4/2023 sieht insgesamt eine Reduktion der MfV um 247 Mio. € und der MfZ um 3.255 Mio. € vor. Die wesentlichen Elemente sind: Reduktion bei ITER um 280 Mio. € (MfV) bzw. 264 Mio. € (MfZ) wegen Verzögerungen in der Projektumsetzung; Reduktion um insgesamt 3 Mrd. € (MfZ) bei Digital Europe, EFRE, ESF+, Ländliche Entwicklung und AMIF wegen schleppendem Anlauf der neuen Programmperiode; Erhöhung der Verwaltungsausgaben um insgesamt 32,5 Mio. € (MfV=MfZ) wegen Gehalts- und Pensionsanpassungen und der hohen Inflation; kleine Anpassungen beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), Europäischer Staatsanwaltschaft (EPPO) und der Umweltagentur (EEA).

Im Juni 2023 präsentierte die EK ihren EU-Haushaltsplanentwurf für 2024. Darin wurden Ausgaben in der Höhe von insgesamt 189,3 Mrd. € in MfV bzw. 143,1 Mrd. € in MfZ vorgeschlagen.

Der Rat verabschiedete im September 2023 seine Position mit 188,6 Mrd. € in MfV und mit 142,5 Mrd. € in MfZ. Für den Rat waren dabei die Einhaltung des MFR 2021-2027 sowie die Schaffung von ausreichend Flexibilität zur Finanzierung von Unvorhergesehenem bzw. insbesondere Bedarf zur Unterstützung der Ukraine wichtig. Weil die Position des EP von jener des Rates abwich, musste im Herbst das 21-tägige Vermittlungsverfahren durchgeführt werden, um einen Kompromiss zwischen den beiden Teilen der Haushaltsbehörde zu erzielen. Der am 10. November 2023 erzielte Kompromiss sieht nun Mittel in der Höhe von 189,4 Mrd. € (MfV) und 142,6 Mrd. € (MfZ) vor und liegt somit bei den MfV knapp über dem von der EK im Herbst 2023 mittels Berichtungsschreiben aktualisierten Haushaltsentwurf, bei den MfZ etwas darunter. Das Ergebnis wurde Ende November formell von Rat und EP bestätigt.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der EU-Haushalte 2022 bis 2024.

---

<sup>22</sup> Im September 2023 wurde ein Programm mit Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz) verabschiedet, das verstärkt Investitionen in diesen strategischen Forschungsbereich mobilisieren soll.

Tabelle 3: Jahreshaushalte 2022 bis 2024; in Mio. €

	Mittel für Verpflichtungen			Mittel für Zahlungen		
	2022 (ausgeführt)	2023 (inkl. BH 4)	2024 (verabschiedet)	2022 (ausgeführt)	2023 (inkl. BH 4)	2024 (verabschiedet)
1. Binnenmarkt, Innovation und Digitales	21.843,0	21.415,1	21.493,4	20.471,0	20.190,3	20.828,0
2. Zusammenhalt und Werte	66.644,0	70.586,7	74.560,7	63.055,0	56.327,9	33.716,0
3. Natürliche Ressourcen und Umwelt	56.070,0	57.218,1	57.338,6	55.198,0	56.747,5	54.151,4
4. Migration und Grenzmanagement	3.395,0	3.727,3	3.892,7	3.292,0	2.779,4	3.249,0
5. Sicherheit und Verteidigung	1.809,0	2.116,6	2.321,2	1.130,0	1.137,4	2.035,4
6. Nachbarschaft und Welt	17.633,0	17.211,9	16.230,0	13.049,0	13.994,9	15.291,2
7. Europäische öffentliche Verwaltung	10.733,0	11.345,7	11.988,0	9.832,0	11.345,7	11.988,0
Besondere Instrumente außerhalb des MFR	1.299,0	2.855,2	1.560,9	1.294,0	2.679,8	1.371,4
<b>Gesamt</b>	<b>179.425,0</b>	<b>186.476,6</b>	<b>189.385,4</b>	<b>167.321,0</b>	<b>165.202,9</b>	<b>142.630,3</b>

Anm.: Rundungsdifferenzen

Quellen: EK, COM(2023) 530; ST15238/23 ADD 1.

## 1.4 Rückflüsse aus dem EU-Haushalt nach Österreich

Die nachfolgende Tabelle zeigt die von Österreich während der Programmperiode 2014-2020 sowie in den ersten beiden Jahren der Periode 2021-2027 erzielten Rückflüsse aus ausgewählten Programmen. Sie beinhaltet auch Ausgaben aus dem EU-Haushalt, die im Bundeshaushalt nicht dargestellt sind, weil sie ohne Einbindung nationaler Behörden direkt an Unternehmen, Einrichtungen und Personen ausgezahlt wurden. Zu beachten ist, dass die Rückflusssdaten in der Tabelle auf der Verbuchungsmethodik der EK beruhen, während die Daten in der Tabelle „Österreichs EU-Beitrag und Rückflüsse (Finanzierungshaushalt)“ in Abschnitt 1.1 nach der Methodik des Bundeshaushalts zustande kommen; u.a. führen die unterschiedlichen Periodenabgrenzungen zu abweichenden Zahlen.

Tabelle 4: Erfolgsbilanz Österreichs durch Beteiligung an ausgewählten EU-Programmen, Periode 2014-2020; in Mio. €; laufende Preise; durchschnittliche Rückflussquote in % der ausgezahlten EU-finanzierten Mittel

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2014-2020
	Rückflüsse in Mio. € bzw. Summe 2014-2020 in % der EU27-Rückflüsse							
Horizont 2020 und Forschungsrahmenprogramm	119,2	216,6	238,1	274,9	269,4	246,8	299,6	2,3%
Erasmus+	28,8	30,5	40,1	30,1	48,9	35,8	56,8	1,9%
CEF Transport	27,7	52,9	87,9	37,0	110,8	84,5	113,0	6,6%
EU-Strukturfonds (EFRE, ESF, Kohäsionsfonds)	141,5	159,5	48,9	52,1	98,6	168,4	98,6	0,3%
Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg)	151,9	100,6	42,1	28,6	74,6	90,9	121,9	7,4%
Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft	714,3	711,2	719,0	722,1	715,3	716,9	714,5	1,7%
EU Fonds für die ländliche Entwicklung	284,8	421,9	636,4	480,0	514,5	540,2	575,0	4,1%
Asyl- und Migrationsfonds	5,0	12,3	31,2	19,3	13,1	12,4	18,5	2,3%
Fonds für die innere Sicherheit	2,3	3,6	3,1	7,5	7,6	9,4	4,0	1,3%
Grundrechte und Unionsbürgerschaft	2,1	1,3	2,0	1,9	2,6	3,6	2,1	4,6%
Kreatives Europa	5,8	4,0	6,0	2,9	6,1	5,0	5,9	3,1%

Quelle: EK; BMF

Tabelle 5: Erfolgsbilanz Österreichs durch Beteiligung an ausgewählten EU-Programmen, Periode 2021-2027; in Mio. €; laufende Preise; durchschnittliche Rückflussquote in % der ausgezahlten EU-finanzierten Mittel

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2021-2027
	Rückflüsse in Mio. € bzw. Summe 2021-2027 in % der EU27-Rückflüsse							
Horizont Europa	220,5	321,1						2,6%
CEF Transport	143,2	151,8						8,8%
Digitales Europa	1,1	14,2						1,8%
Binnenmarkt	4,1	7,8						0,5%
Raumfahrtprogramm	4,9	6,4						0,0%
EU-Strukturfonds (EFRE)	257,1	292,4						1,1%
EU-Strukturfonds (ESF)	84,1	75,7						0,8%
Erasmus+	37,6	73,7						5,2%
Solidaritätskorps	2,8	2,3						1,3%
Kreatives Europa	3,1	8,3						0,0%
Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft	707,7	712,4						2,6%
EU Fonds für die ländliche Entwicklung	582,2	410,8						6,7%
Umwelt und Klimaschutz (LIFE)	12,8	12,8						1,3%
Asyl- und Migrationsfonds	17,8	37,8						3,0%
Grenzmanagement	3,7	5,2						1,5%
Fonds für die innere Sicherheit	4,5	6,2						6,5%

Quelle: EK; BMF

Stellt man den Rückflussquoten den österreichischen Beitrag zur Finanzierung des EU-Haushalts gegenüber, so erhält man einen Anhaltspunkt, ob Österreich aus dem betroffenen Programm tendenziell mehr oder weniger Rückflüsse lukriert als es zur Finanzierung beiträgt. Der österreichische Beitrag schwankte 2014 bis 2022 zwischen 2,1% und 2,7%. In den obigen beiden Tabellen werden die Rückflüsse nach Österreich aus dem schuldenfinanzierten Instrument NGEU nicht berücksich-

tigt, weil es sonst bei der Gegenüberstellung von Rückflussquote und Finanzierungsanteil zu systematischen Verzerrungen kommen würde. Der Abschnitt 1.4.3 geht allerdings gesondert auf das wichtigste NGEU-finanzierte Programm ein.

Die Beispiele für Maßnahmen, die aus dem EU-Haushalt in Österreich gefördert werden, sind vielfältig. Sie reichen von Erasmus-Stipendien für vorübergehend im Ausland Studierende über die Mitfinanzierung des Brenner Basistunnels aus der Connecting Europe Facility (CEF) für grenzüberschreitende Investitionen bis zum Kostenersatz für Projekte der österreichischen Kreativindustrie. Die EK weist auch Verwaltungsausgaben als Rückflüsse an die Mitgliedstaaten aus. Dies betrifft neben dem Kostenersatz zugunsten aller Mitgliedstaaten für Dienstreisen zu Sitzungen von EU-Gremien beispielsweise die Ausgaben der EK für ihren Brüsseler Sitz zugunsten Belgiens oder die Ausgaben der Wiener EU-Grundrechteagentur zugunsten Österreichs.

EU-Maßnahmen sowohl im Bereich der Ländlichen Entwicklung als auch der Kohäsionspolitik erfordern nicht nur eine Finanzierung im Wege des EU-Beitrags, sondern auch eine signifikante direkte nationale Beteiligung (Kofinanzierung), welche sich wiederum in Österreich vorwiegend aus Beiträgen des Bundes und der Länder zusammensetzt.

In den folgenden Unterabschnitten werden die Rückflüsse nach Österreich in den Ausgabenbereichen Kohäsion, Landwirtschaft und RRF näher betrachtet.

### **1.4.1 Kohäsionspolitik**

Wie in den vorangegangenen Programmperioden stellt in der 2021 angelaufenen Programmperiode die Kohäsionspolitik (MFR-Teilrubrik 2a) nach der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP, Rubrik 3) den zweitgrößten Ausgabenbereich des MFR dar. 2021-2027 sind dafür EU-weit 372,6 Mrd. € vorgesehen. Die Kohäsionspolitik soll dazu beitragen, die erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zu verringern, die zwischen den Regionen Europas bestehen. Abgewickelt wird die Kohäsionspolitik im Wesentlichen über folgende Fonds:

- Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE): klassische Regionalpolitik
- Kohäsionsfonds: steht nur den 15 weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten offen
- Europäischer Sozialfonds+ (ESF+): Schwerpunkte Beschäftigung, Soziales, Bildung und Kompetenzen
- Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF): spezialisiert auf Investitionen für den grünen Wandel

Bei Drucklegung dieses Berichts waren die Abschlussarbeiten für die letzten Zahlungen an Projektträger iZm. den Programmen der Periode 2014-2020 in vollem Gange, da 2023 das letzte Jahr ist, in dem Mittel für umgesetzte Projekte ausbezahlt werden. Gemäß Informationen der EK waren mit Ende August 2023 87,2% der Mittel aus den großen Fonds<sup>23</sup> für 2014-2020 ausgezahlt, wobei Österreich mit 89,4% eine überdurchschnittliche Auszahlungsrate erzielte. Das in Abschnitt 1.3.2 angesprochene EK-Paket sieht u.a. auch Vorschläge vor, den Mitgliedstaaten den finalen Mittelabfluss für die Periode 2014-2020 zu erleichtern.

Gleichzeitig läuft die Kohäsionsperiode 2021-2027 nur langsam an, so dass 2024 im wesentlichen Vorschüsse aber noch kaum Zwischenzahlungen für bewilligte Zahlungsanträge fließen. Auf Grund dieser Konstellation hat die EK in ihrem Haushaltsentwurf 2024 einen deutlichen Rückgang der MfZ für die Ausgabenrubrik 2a vorgesehen. Das ist auch der Hauptgrund für den erwarteten Rückgang des österreichischen Beitrags zum EU-Haushalt (UG 16 im Bundeshaushalt).

Für die Programmperiode 2021-2024 legte die Kohäsionspolitik fünf grundlegende politische Ziele fest:<sup>24</sup>

- ein wettbewerbsfähigeres und intelligenteres Europa
- ein grünerer, CO<sub>2</sub>-armer Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft
- ein stärker vernetztes Europa durch die Steigerung der Mobilität
- ein sozialeres und inklusiveres Europa
- ein bürgernäheres Europa durch die Förderung einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung aller Arten von Gebieten und lokalen Initiativen

Für Österreich sind in der Periode 2021-2027 1.147,0 Mio. € vorgesehen. Das entspricht 0,31% der Gesamtauszahlungen aus den großen EU-Strukturfonds, die den Mitgliedstaaten zugeteilt sind. Österreich stehen aus dem ESF+ 409,7 Mio. €, aus dem EFRE 521,4 Mio. €, aus dem JTF 135,8 Mio. € und aus der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ/Interreg) 2.167,0 Mio. € zu. Der Kohäsionsfonds ist jenen Mitgliedstaaten vorbehalten, deren BNE unter 90% des EU-Durchschnitts liegt. Österreich ist in der Kohäsionspolitik deutlich Nettozahler. Hauptbegünstigte sind die entwicklungsschwächsten Regionen, v.a. in den Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas.

---

<sup>23</sup> Neben den oben genannten Fonds ist das insbesondere der Europäische Fonds für ländliche Entwicklung (ELER), der im folgenden Abschnitt behandelt wird.

<sup>24</sup> Vgl. Art. 5 Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik.

Während der ESF+ das wichtigste Finanzierungsinstrument für die EU darstellt, um ihre strategischen beschäftigungspolitischen Ziele in konkrete Maßnahmen umzusetzen, soll der EFRE durch die Unterstützung von Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen Regionen und sozialen Gruppen hauptsächlich den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU fördern. Darüber hinaus sollen die aus den Fonds unterstützten Maßnahmen zur Umsetzung der Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum beitragen.

Eine Differenzierung der Mittelzuweisung an die Regionen erfolgt nach ihrer Wirtschaftsleistung, basierend auf den folgenden drei Kategorien:

- „weniger entwickelte Regionen“ mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von weniger als 75% des durchschnittlichen BIP der EU
- „Übergangsregionen“ mit einem BIP pro Kopf zwischen 75% und 100% des durchschnittlichen BIP der EU
- „stärker entwickelte Regionen“ mit einem BIP pro Kopf von über 100% des durchschnittlichen BIP der EU

Über die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) sollen grenzübergreifende, transnationale und interregionale Projekte abgewickelt werden.

Die Mitgliedstaaten legen in Abstimmung mit der EK nationale bzw. regionale Förderprogramme für die gesamte Periode fest, mit denen die festgelegten Ziele erreicht werden sollen. Diese Programme werden nicht aus EU-Strukturfondsmitteln allein finanziert, sondern aus nationalen (öffentlichen bzw. privaten) Mitteln kofinanziert. Die nationale Kofinanzierung mit bestimmten Mindestquoten ist EU-rechtlich vorgeschrieben.

Der Anteil der EU-Mittel an den förderfähigen Ausgaben für die Periode 2021-2027 beträgt (der Rest ist durch nationale – öffentliche und private – Kofinanzierung aufzubringen):

- maximal 60% für Übergangsregionen (Burgenland)
- maximal 50% für die „stärker entwickelten Regionen“
- maximal 80% im Rahmen des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg)

Die tatsächlichen Kofinanzierungsanteile werden innerösterreichisch zwischen Bund und Ländern vereinbart und durch die Europäische Kommission genehmigt. Auch für die Programmperiode 2021-2027 liegen sie unter den möglichen Maximalwerten.



### 1.4.2 Landwirtschaft

Traditionell machen die Förderungen im Rahmen der GAP den zweiten großen Ausgabenblock des EU-Haushalts aus. Die Ausgaben für die GAP werden im MFR 2021-2027 in der Ausgabenrubrik 3 abgebildet. In diesem Bereich werden die Rückflüsse nach Österreich in der Periode 2021-2027 finanziell noch bedeutender sein als jene in der Kohäsionspolitik.

Die GAP beruht auf zwei Säulen. Die 1. Säule umfasst insbesondere die einheitliche Betriebsprämie (Direktzahlungen) und, finanziell weniger bedeutend, Interventionsmaßnahmen auf den europäischen Agrarmärkten. In der 2. Säule werden unter dem Titel „Ländliche Entwicklung“ verschiedene Maßnahmen gefördert. Darunter fallen Agrarumweltmaßnahmen, in Österreich bekannt als „Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft“ (ÖPUL). Darunter finden sich zum Beispiel Förderungen für den Biolandbau. Auch die Zahlungen für „aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete“, in Österreich bekannt als Ausgleichszulage, sind darin enthalten. Darüber hinaus sind einige Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes enthalten, z.B. Investitionsförderungen oder Zahlungen für Bildung und Beratung.

Die Förderungen aus der 1. Säule werden über den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) abgewickelt, jene aus der zweiten über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Trotz der Herausforderungen der COVID-19-Krise wurden auf EU-Ebene die 2018 begonnenen Verhandlungen über GAP-Reformen gegen Ende der Finanzperiode 2014-2020 im Hinblick auf die neue Förderperiode fortgesetzt. Um dennoch zielgerichtete Reformmaßnahmen und einen geordneten Übergang zu garantieren, einigte sich der Gesetzgeber auf eine zweijährige Übergangsperiode.<sup>25</sup> Daher galten 2021 und 2022 im Wesentlichen die Förderregeln aus der Periode 2014-2020, während bereits die neuen finanziellen Vereinbarungen für 2021-2027 angewandt wurden.

Mit der reformierten GAP setzt sich die EU insbesondere zum Ziel, die Landwirtschaft ökologischer zu gestalten und die landwirtschaftlichen Einkommen fairer zu verteilen. Um GAP-Mittel aus dem

---

<sup>25</sup> Vgl. Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, (EU) Nr. 251/2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und (EU) Nr. 228/2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union.

EU-Haushalt abrufen zu können, muss jeder Mitgliedstaat einen umfangreichen GAP-Strategieplan vorlegen und mit der EK abstimmen.

In den Strategieplänen werden u.a. die geplanten nationalen Finanzierungen ausgewiesen, die EU-weit geltende Kofinanzierungsmindestquoten einhalten müssen. Der österreichische Plan sieht für die unterschiedlichen Maßnahmen vorwiegend Kofinanzierungsraten zwischen 40% und knapp über 50% vor. Der nationale Anteil wird wiederum zwischen Bund und Ländern aufgeteilt.

Im Rahmen der 1. Säule der GAP bleiben die Länderzuteilungen nominell konstant. Die Direktzahlungen bzw. Betriebsprämien werden von den landwirtschaftlichen Betrieben regelmäßig beantragt und sind gut prognostizierbar. Das spiegelt sich in einer konstanten Veranschlagung der EGFL-Rückflüsse im DB 51.01.04 im BFRG wider (siehe Tabelle in Abschnitt 1.1). Die geplante österreichische Rückflussquote bis 2027 liegt mit 1,75% deutlich unter der geschätzten Beitragsquote.

Die Abwicklung der Förderungen der 2. Säule (ELER) ähnelt jener der Kohäsionspolitik (EFRE, ESF+). Die Entwicklung entsprechender Förderprogramme samt Kontrollsystemen sowie der entsprechenden Projekte und das Einreichen bzw. Abarbeiten von Zahlungsanträgen zieht sich über mehrere Jahre und führt zu einem Rückflussprofil, das weniger stabil ist. Für Österreich ist aus dem ELER wie in der vorangegangenen Förderperiode ein - verglichen mit der Beitragsquote - deutlich überproportionaler Anteil (4,3%) vorgesehen.

Insgesamt wären für Österreich 2021 bis 2027 aus dem regulären EU-Haushalt weniger GAP-Mittel vorgesehen als 2014 bis 2020. Diese Senkung wird aber durch zusätzliche Mittel aus NGEU mehr als ausgeglichen. In Summe stehen so den EU-Mitteln von insgesamt 3.937,0 Mio. € 2014-2020 nunmehr insgesamt 4.100,0 Mio. € 2021-2027 gegenüber.

### **1.4.3 Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF)**

Unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie wurde 2020 die RRF mit einer Gesamtdotation von 723,8 Mrd. € als Kernstück von NGEU ins Leben gerufen. Davon sollen bis zu 338,0 Mrd. € den Mitgliedstaaten als Zuschüsse und bis zu 385,6 Mrd. € als Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Die Fazilität soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, gezielte Investitionen in eine widerstandsfähigere Wirtschaft anzustoßen und fußt auf sechs Säulen:

- Übergang zu einer grünen Wirtschaft
- digitaler Wandel
- wirtschaftlicher Zusammenhalt, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit
- sozialer und territorialer Zusammenhalt

- Resilienz in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft und Soziales sowie auf institutioneller Ebene
- Strategien für die nächste Generation

Die relative Mittelzuteilung für die Mitgliedstaaten bemisst sich an den Faktoren BIP/Kopf, Bevölkerungsanteil, Arbeitslosenrate und BIP-Entwicklung 2020/21. Auf Basis des am 30.4.2021 eingereichten ARP kann Österreich nach der endgültigen Mittelzuteilung im Zeitraum 2021-2026 Mittel in der Höhe von insgesamt 3,75 Mrd. € an nichtrückzahlbaren Zuschüssen aus dieser Fazilität beziehen. Dazu kommt eine Zuteilung von 210,3 Mio. € für REPowerEU (siehe unten).

Der von Österreich im Jahr 2021 eingereichte ARP wurde in Zusammenarbeit mit den relevanten Ressorts unter Berücksichtigung der Interessen der Sozialpartner und anderer Stakeholder und in engem Austausch mit der EK erarbeitet. Der Plan enthält Reformen und Investitionen in vier Kapiteln: Grüner Aufbau, Digitaler Aufbau, Wissensbasierter Aufbau, Gerechter Aufbau. Er setzt wesentliche Elemente des Regierungsprogramms sowie der Empfehlungen des Rates zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik 2019 und 2020 um und steht mit dem Prinzip der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen auf Umweltziele im Einklang.

Österreichs ARP wurde am 13.7.2021 vom ECOFIN-Rat verabschiedet. Nach Unterzeichnung des Finanzierungsabkommens wurde im September 2021 eine Vorfinanzierung in der Höhe von 450,0 Mio. € ausbezahlt. Die weiteren Auszahlungen erfolgen in meist jährlichen Tranchen, nach Erfüllung der für den relevanten Zeitraum vorgesehenen Meilensteine und Ziele. Alle Maßnahmen des ARP werden im Bundeshaushalt abgebildet. Für die ausführenden Ressorts bedeutet das, dass sie hinsichtlich der Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen nicht von den Auszahlungen durch die EK abhängig sind. Die Ressorts haben sich jedoch zur zeitgerechten Umsetzung der Meilensteine und Ziele verpflichtet und müssen umfassende Berichts- und Kontrollpflichten wahrnehmen.

Der im Jahr 2021 eingereichte österreichische ARP hat in mehrerlei Hinsicht Vorbildcharakter: 46% der Mittel für Maßnahmen kommen dem Klimaschutz zugute, 41% unterstützen digitale Ziele, damit wurden die Mindestanforderungen weit übertroffen. Auch in Bezug auf die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen ist der ARP sehr ambitioniert.

Die vom Volumen her bedeutendsten Investitionsvorhaben des ARP betreffen umweltfreundliche Mobilität, Breitbandausbau, Digitalisierung und Ökologisierung von Unternehmen, Bildung/Forschung/Innovation, Kreislaufwirtschaft und Sanierungsoffensive. Die Maßnahmen werden in den

jeweiligen Untergliederungen umrissen. Bedeutende Reformen im Plan sind u.a. Ökosoziale Steuerreform, Pensionssplitting, Weiterentwicklung der Pflegevorsorge, Finanzbildungsstrategie, das Erneuerbare-Wärme-Gesetz und Spending Reviews.

Am 14.7.2023 reichte Österreich einen Anhang zum österreichischen ARP ein. Damit werden einerseits einige Maßnahmen des ursprünglichen ARP aufgrund objektiver Umstände (starke Kostensteigerungen bei Bauprojekten, Lieferengpässe usw.) angepasst. Daneben wird dem ARP ein eigenes REPowerEU-Kapitel hinzugefügt. Im Rahmen von REPowerEU stehen durch den frühzeitigen Verkauf von Emissionszertifikaten 20,0 Mrd. € an nicht rückzahlbaren Zuschüssen für die Mitgliedstaaten zur Verfügung. Um diese Mittel zu erhalten, müssen Mitgliedstaaten ein REPowerEU-Kapitel einreichen, das Maßnahmen zur Förderung der Unabhängigkeit von fossiler Energie sowie zur Förderung von CO<sub>2</sub>-freien Energiequellen enthält. Auf Österreich entfallen laut festgelegtem Verteilungsschlüssel 210,3 Mio. € für die Durchführung von zusätzlichen energiebezogenen Reformen und Investitionen.

Durch die Aufnahme in den ARP wird die Umsetzung von Maßnahmen verbindlich, zumal Änderungen nur auf Basis objektiver Umstände möglich sind. Versäumnisse von Meilensteinen und Zielen ziehen finanzielle Nachteile für die Republik nach sich. Diese mit der RRF erstmals in großem Stil etablierte Verknüpfung zwischen Zahlungen aus dem EU-Haushalt und Reformen aufseiten der Mitgliedstaaten soll insbesondere die wirtschaftlich schwächsten EU-Mitgliedstaaten stärker, resilienter, grüner, digitaler und fairer machen. Als kleine offene Volkswirtschaft dürfte Österreich von den erwarteten Spillover-Effekten besonders profitieren, etwa durch Aufträge für österreichische Unternehmen und den Export von „grünen“ Produkten und Technologien. Die traditionell enge Verflechtung zu den zentral- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten mit relativ hoher Mittelallokation aus der Fazilität dürfte für Österreich zusätzliche positive Auswirkungen bewirken.

Die Umsetzung der im Plan angeführten Maßnahmen obliegt den zuständigen Ressorts. Das BMF hat eine koordinierende Funktion. Gemäß Artikel 24 der RRF-VO<sup>26</sup> übermittelt Österreich nach Erreichen der vereinbarten Meilensteine und Zielwerte einen Antrag auf Zahlung des entsprechenden Finanzbetrags an die EK. Im Durchführungsbeschluss des Rates sind die avisierten Meilensteine und Zielwerte pro geplantem Zahlungsantrag definiert. Der erste österreichische Zahlungsantrag wurde nach Erreichung aller 44 Meilensteine und Ziele, die diesem Zahlungsantrag zugeordnet waren, am 22.12.2022 gestellt. Die positive Bewertung durch die europäische Kommission

---

<sup>26</sup> Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 Zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität.

wurde am 10.3.2023 veröffentlicht, die Auszahlung der Mittel an Österreich erfolgte am 20.4.2023.

Der dem ersten Zahlungsantrag zugeordnete finanzielle Beitrag beträgt 804,6 Mio. €. Da die Republik Österreich bereits 2021 eine Vorfinanzierung in der Höhe von 450,0 Mio. € beantragt und erhalten hat, werden die jeweiligen finanziellen Beträge der einzelnen Zahlungsanträge gemäß Art 13 der RRF-VO proportional angepasst. Unter Berücksichtigung dieser Vorfinanzierung zahlte die EK für den ersten Zahlungsantrag 700,0 Mio. € an Österreich.

## 1.5 Operativer Haushaltssaldo

Die (operativen) Haushaltssalden (Nettopositionen) der einzelnen Mitgliedstaaten geben Aufschluss über die unmittelbaren budgetären Auswirkungen der Beteiligung der Mitgliedstaaten am EU-Haushalt. Sie sind eine zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbare Saldenkennzahl und liefern wichtige Informationen über die budgetäre Lastenverteilung innerhalb der EU. Zu beachten ist, dass der Aussagewert einer jährlichen Betrachtungsweise der Nettosalden aufgrund der meist mehrjährigen Laufzeit der Förderprogramme und einer über die Jahre schwankenden Struktur der Mittelflüsse beschränkt ist. So handelt es sich bei den Rückflüssen zu Beginn einer Programmperiode meist um Vorauszahlungen, die weiteren Raten sind hingegen abhängig vom Fortschritt der Programmumsetzung. Aussagekräftiger ist daher der Mittelwert über die Programmperiode.

Die operativen Haushaltssalden werden üblicherweise nach einer einheitlichen Definition mit folgenden Eigenschaften angegeben:

- **Eigenmittel:** angepasste<sup>27</sup> nationale Beiträge ohne traditionelle Eigenmittel (Zölle), da letztere lediglich von nationalen Behörden für die gesamte EU erhoben werden („echte“ Eigenmittel)
- **Ausgaben:** sämtliche operativen Ausgaben (Rückflüsse), die in die Mitgliedstaaten zurückfließen (also keine Ausgaben an Drittländer wie Entwicklungshilfen und keine Verwaltungskosten, die allen Mitgliedstaaten zugutekommen, aber überwiegend in Belgien und Luxemburg anfallen)
- **Berechnung:** Differenz zwischen den nationalen operativen Rückflüssen und dem angepassten nationalen Beitrag

Diese Definition ermöglicht einen Vergleich von Nettopositionen zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten. Die Summe aller operativen Haushaltssalden ist immer null. Das BMF publiziert aus

---

<sup>27</sup> Die nationalen Beiträge aller Mitgliedstaaten werden aus Gründen der Vergleichbarkeit so angepasst, dass sie in Summe den getätigten Ausgaben entsprechen; folglich addieren sich die operativen Haushaltssalden grundsätzlich auf null.

Gründen der Transparenz und Vergleichbarkeit mit den übrigen Mitgliedstaaten nur Nettopositionen gemäß dieser Definition.

Österreichs Nettoposition betrug in den Jahren des MFR 2007-2013 durchschnittlich -0,24%, in der Periode 2014-2020 und in den ersten beiden Jahren des aktuellen MFR -0,31% des BNE. Die Mitgliedstaaten, die einen bei den 2020 abgeschlossenen Verhandlungen über den MFR 2021-2027 und den Eigenmittelbeschluss einen Beitragsrabatt erhalten haben (Deutschland, Niederlande, Schweden, Österreich und Dänemark), sind auch diejenigen, deren Saldo in der Periode 2014-2020 gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung am deutlichsten negativ war. Ohne diese Rabatte wären ihre Nettoposition deutlich negativer ausgefallen.

Abbildung 1: Nettopositionen der EU-Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden): Mittelwerte 2007-2013; in BNE %

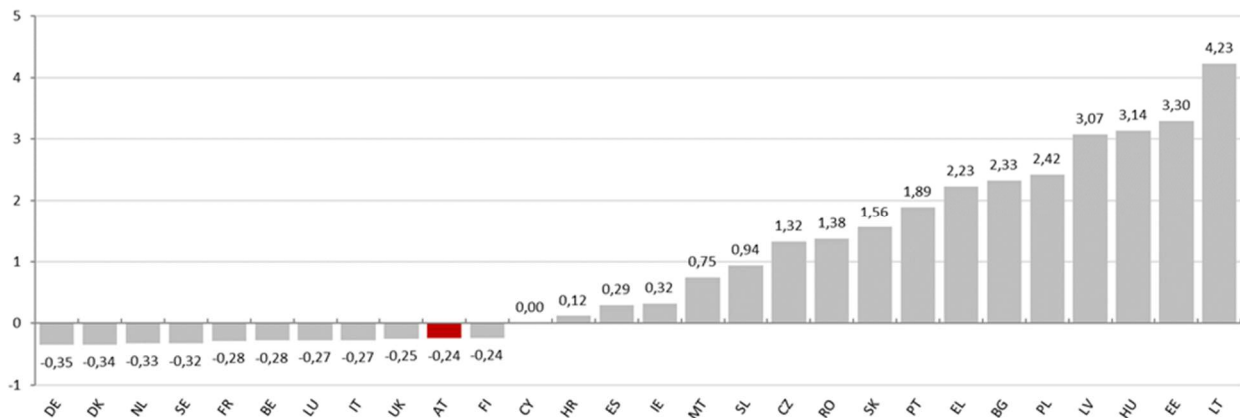


Abbildung 2: Nettopositionen der EU-Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden): Mittelwerte 2014-2020; in BNE %

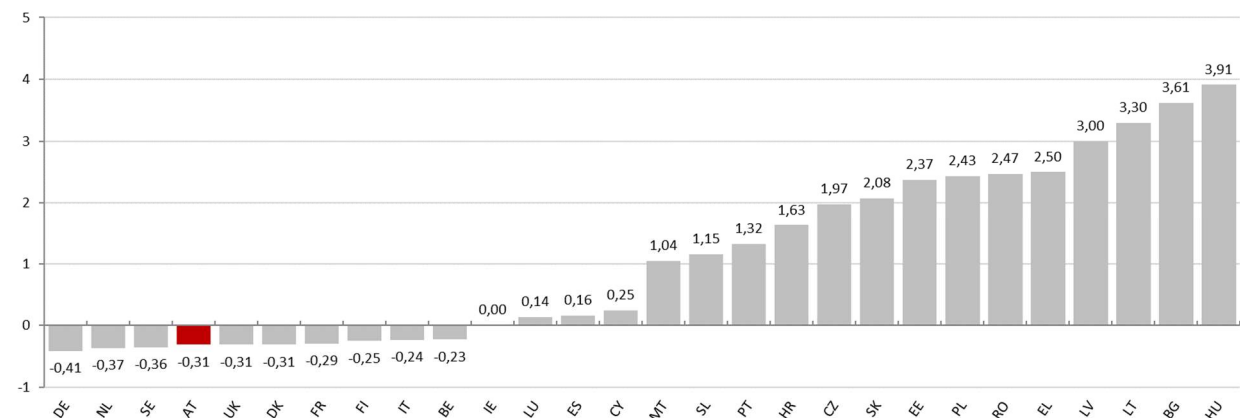
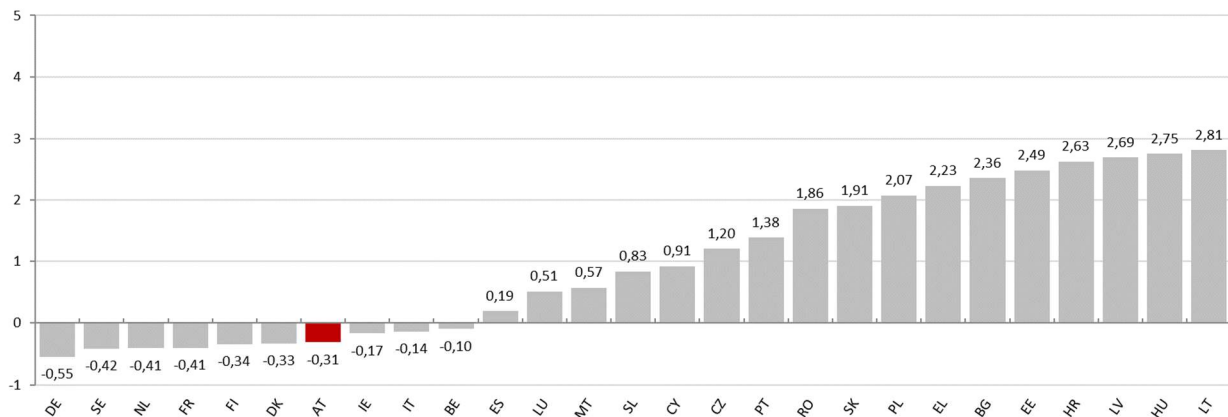


Abbildung 3: Nettopositionen der EU-Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden):  
Mittelwerte 2021-2022; in BNE %



Quelle: EK; ab 2021 BMF-Berechnungen

## 1.6 Garantien, Anleihe- und Darlehensoperationen

Der EU ist es unter bestimmten Umständen gestattet, auf den Finanzmärkten Anleihen aufzunehmen und deren Erlös in Form von Darlehen weiterzugeben, um in den EU-Verträgen festgelegte Ziele zu verfolgen. Die mit solchen weitergegebenen Darlehen unterstützten Staaten, Institutionen und Unternehmen profitieren vom Zugang zum Kapitalmarkt und durch das hervorragende Rating der EK von relativ günstigen Konditionen. Für allfällige Zahlungsausfälle haftet die EU über den EU-Haushalt. Derartige Garantien bestehen im Zusammenhang mit Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB), des Euratom-Programms, des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), des in der COVID-19-Krise geschaffenen Kurzarbeitsinstruments für Mitgliedstaaten SURE (European Instrument for Temporary Support to Mitigate Unemployment Risks in an Emergency) und der Makrofinanzhilfe für Drittstaaten in akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Bei der Makrofinanzhilfe (MFA) nimmt derzeit die besondere Hilfe für die Ukraine eine besondere Rolle ein (MFA+), mit der der Ukraine im Jahr 2023 bis zu 18,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem als Reaktion auf die COVID-19-Krise geschaffenen NGEU besteht vorübergehend ein mit insgesamt 806,9 Mrd. € dotiertes Instrument, mit dem die EK bis 2026 Anleihen aufnehmen kann, von denen ein Teil, nämlich bis zu 421,1 Mrd. € den Mitgliedstaaten als Zuschuss zur Verfügung gestellt werden kann. Die Zinsen für die NGEU-finanzierten Zuschüsse werden aus dem EU-Haushalt bezahlt und somit über Eigenmittel der Mitgliedstaaten finanziert, ebenso die Rückzahlung der NGEU-Schulden bis 2058. Von den bis zu 385,8 Mrd. €, die die Mitgliedstaaten an RRF-Darle-

hen aufnehmen hätten können, blieben bis zur letzten Antragsfrist im August 2023 93,2 Mrd. € ungenutzt. Einer der Gründe ist, dass einige Mitgliedstaaten wie Österreich selbst über ein so gutes Rating verfügen, dass sie nicht auf jenes der EK angewiesen sind.

Die sich aus den diversen genannten Tätigkeiten ergebenden ausstehenden Eventualverbindlichkeiten des EU-Haushalts gibt die EK per 31.12.2021 mit insgesamt 223 Mrd. €. <sup>28</sup>

Im Gegensatz zu den oben genannten Transaktionen berühren die Darlehensfazilität für Griechenland, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) den EU-Haushalt nicht. Vielmehr geben bei diesen Instrumenten die Euro-Mitgliedstaaten bilateral durch ihre nationalen Haushalte Garantien ab.

Mit dem MFR 2021-2027 kommt es zu einer Bündelung einiger Garantieinstrumente unter der Bezeichnung „InvestEU“. Außerdem wurde 2021 ein gemeinsamer Dotierungsfonds eingerichtet, der die zur Absicherung der unterschiedlichen Garantien nötigen liquiden Mittel effizienter bereitstellen soll. Per 31.12.2022 belief sich das für die Kompensation allfälliger Zahlungsausfälle bereitstehende Nettovermögen des Fonds auf 14,39 Mrd. €. <sup>29</sup>

## 1.7 Finanzkontrolle und Betrugsbekämpfung

### 1.7.1 Jahresbericht 2022 des Europäischen Rechnungshofes (EuRH)<sup>30</sup>

Der EuRH veröffentlichte am 5. Oktober 2023 seinen Jahresbericht zum Haushaltsjahr 2022. Im Rahmen dieses Berichts wird auch ein jährliches Prüfungsurteil (Zuverlässigkeitserklärung, abgekürzt DAS für déclaration d'assurance) darüber vorgelegt, ob die Einnahmen und Ausgaben der EU vollständig und genau erfasst wurden sowie im Einklang mit den vertraglichen und rechtlichen Erfordernissen eingenommen bzw. ausgegeben wurden. Außerdem prüft der EuRH im Rahmen dieses Berichts die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF).

Ein uneingeschränktes Prüfungsurteil wird erteilt, wenn nachgewiesen ist, dass die Rechnungsführung zuverlässig ist oder die zugrundeliegenden Vorgänge in allen wesentlichen Punkten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind.

---

<sup>28</sup> Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Finanzierungsinstrumente, Haushaltsgarantien, finanziellen Beistand und Eventualverbindlichkeiten – Stand: 31. Dezember 2021 (COM(2022) 560 final).

<sup>29</sup> Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über den gemeinsamen Dotierungsfonds 2022 (COM(2023) 288 final).

<sup>30</sup> [https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/AR-2022/AR-2022\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/AR-2022/AR-2022_DE.pdf)



Ein eingeschränktes Prüfungsurteil wird erteilt, wenn kein uneingeschränktes Prüfungsurteil abgegeben werden kann, jedoch die Auswirkungen von Meinungsverschiedenheiten oder die Einschränkungen des Prüfungsumfangs nicht so umfassend sind, dass sie ein versagtes Prüfungsurteil oder die Verweigerung des Prüfungsurteils erfordern.

Ein versagtes Prüfungsurteil wird erteilt, wenn die Fehlerquote in den zugrundeliegenden Vorgängen wesentlich und umfassend ist.

Die Schwelle für wesentliche Fehler wurde vom EuRH mit 2 % festgelegt. Darunter bezeichnet der EuRH Vorgänge als nicht mit wesentlichen Fehlern behaftet.

Der EuRH gibt auch 2022 ein uneingeschränktes Prüfungsurteil zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung der EU.

Die Einnahmen waren im Jahr 2022, wie in den Jahren zuvor, rechtmäßig und ordnungsgemäß, die überprüften Systeme sind generell wirksam.

Bei den Ausgaben ist hingegen die Fehlerquote auf 4,2% gestiegen (2021: 3,0%) und stellt damit die höchste Fehlerquote seit 2014 dar. Weil die Fehlerquote bei den mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben (Zahlungen auf Basis von Erstattungen) weiterhin hoch ist (6,0%) und diese einen hohen Anteil an den Gesamtausgaben (66,0%) ausmachen, gab der EuRH zu den Ausgaben neuerlich ein negatives Prüfungsurteil ab.

Im Ausgabenbereich "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" lag die Fehlerquote bei 2,7% (davor 4,4% bzw. 3,9%). Die Fehlerquote zeigt somit einen deutlichen Rückgang gegenüber den Vorjahren.

Bei den Ausgaben im Bereich "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" betrug die geschätzte Fehlerquote 6,4%, davor 3,6% bzw. 3,5%. Die Fehlerquote sprang somit sprunghaft an. Der Anstieg der geschätzten Fehlerquote folgt keinem geografischen Muster. Allerdings nahmen bestimmte Arten von Fehlern, u.a. nicht förderfähige Kosten und Verstöße gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge, zu.

Im Bereich "Natürliche Ressourcen und Umwelt" ergaben die Prüfungen des EuRH eine Fehlerquote von 2,2% (2021: 1,8%), somit leicht oberhalb der Wesentlichkeitsschwelle.

Bei der Verwaltung gab es auch 2022 keine wesentliche Fehlerquote.

Für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit gibt der EuRH nur ein eingeschränktes Prüfungsurteil ab, weil 2022 von 13 Finanzhilfeszahlungen (46,9 Milliarden € an 11 Mitgliedstaaten) insgesamt sechs in wesentlichem Ausmaß mit Fehlern behaftet waren.

Als Risiken für die Zukunft sieht der EuRH die erheblich gestiegenen Fremdkapitalkosten für Schulden der EU, die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundenen gestiegenen finanziellen Risiken für den EU-Haushalt, die verzögerte Umsetzung mehrerer Instrumente mit dem Risiko, dass den Mitgliedstaaten geplante Fördermittel entgehen sowie allgemein die hohe Inflation.

Der EuRH führte auch Strichproben in Österreich durch, wobei die Bereiche „Binnenmarkt, Innovation, Digitales“, „Natürliche Ressourcen, Umwelt“ sowie „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ (Kohäsionspolitik) geprüft wurden. In allen drei Bereichen stellte der EuRH Fehler mit finanziellen Auswirkungen auf den EU-Haushalt fest. Diese betrafen nicht förderfähige Kosten, Verstöße gegen Vergabevorschriften und Fehler bei der Angabe der förderfähigen Flächen.

Fehler sind allerdings deutlich von Betrug zu unterscheiden. Fehler bzw. Unregelmäßigkeiten können durch fehlerhafte Anwendung oder fehlerhaftes Verständnis der komplexen Bestimmungen für die Ausgaben der EU entstehen. Nur wenn Finanzmittel absichtlich zu Unrecht beantragt wurden, ist dies als Betrug zu werten. Zu Unrecht ausgezahlte Beträge werden mit Hilfe der Mitgliedstaaten wieder eingezogen.

### **1.7.2 Betrugsbekämpfungsbericht 2022 der EK<sup>31</sup>**

Alljährlich erstellt die EK in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten einen Jahresbericht zum Thema Betrugsbekämpfung, indem insbesondere neue Maßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der Union bei der Betrugsbekämpfung dargestellt werden. Der Jahresbericht 2022 wurde wie jedes Jahr vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) vorbereitet und von der EK am 27. Juli 2023 veröffentlicht.

Der Bericht enthält ausführliche Angaben über die Zahl der von den Mitgliedstaaten gemeldeten Fälle von vermutetem oder festgestelltem Betrug in allen Einnahmen- und Ausgabenbereichen des EU-Haushalts (z.B. Förderungsbetrug, MwSt.-Hinterziehung oder Schmuggel) und ermöglicht so auch die Ermittlung besonders anfälliger Bereiche.

---

<sup>31</sup> [https://anti-fraud.ec.europa.eu/system/files/2023-07/pif-report-2022\\_de.pdf](https://anti-fraud.ec.europa.eu/system/files/2023-07/pif-report-2022_de.pdf)

Im Jahr 2022 wurden der EK insgesamt 12.455 Unregelmäßigkeiten gemeldet, was einen leichten Anstieg gegenüber 2021 darstellt (+7%). Das Schadensvolumen belief sich auf insgesamt 1,77 Mrd. €. Der starke Rückgang gegenüber 2021 (-13%) ist darauf zurückzuführen, dass es 2021 einen besonders großen Einzelfall im Kohäsionsbereich gab. Von den Unregelmäßigkeiten wurden 2022 insgesamt 1.139 als betrügerisch gemeldet (2021: 1.030). Die Schadensbeträge im Zusammenhang mit diesen Fällen variierten stärker, was auf eine begrenzte Zahl von Einzelfällen mit hohen finanziellen Auswirkungen zurückzuführen ist. Sie sanken 2022 auf 300 Mio. € gesunken (- 62 % im Vergleich zu 2021). Die Zahl und die finanziellen Auswirkungen nicht betrügerischer Unregelmäßigkeiten erreichten 2022 einen Höchststand mit einem stetig steigenden Trend über die fünf Jahre mit 11.316 Unregelmäßigkeiten (+8% im Vergleich zu 2021), die sich auf 1,47 Mrd. € (+ 17%) beliefen.

Im Bereich Landwirtschaft wurden 433 als Betrug eingestufte Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und gemeldet (+63 % gegenüber 2021). Der starke Anstieg der Fallzahl geht auf die Berichterstattung im Zusammenhang mit Direktzahlungen durch zwei Mitgliedstaaten zurück, die solche Unregelmäßigkeiten für den Zeitraum 2018–2021 nicht gemeldet hatten; der Anstieg war zum Teil auf die Meldung zahlreicher Unregelmäßigkeiten unter 10.000 € zurückzuführen, die miteinander verbunden waren und bei gemeinsamer Betrachtung den Schwellenwert überschritten. Das Schadensvolumen ging um 31% auf 20,8 Mio. € zurück. Die Zahl der nicht als Betrug gemeldeten Unregelmäßigkeiten lag bei 3.627 Fällen (+9%), das Schadensvolumen bei 187,1 Mio. € (-4%).

Im Bereich Kohäsion und Fischerei wurden 206 als Betrug gemeldete Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und gemeldet (-12 % gegenüber 2021). Das entsprechende Schadensvolumen ging auf Normalniveau zurück (169,2 Mio. €). Die Zahl der nicht als Betrug gemeldeten Unregelmäßigkeiten lag bei 2.504 Fällen (+9%, eine ESF-Unregelmäßigkeit gemeldet von Griechenland in der Höhe von 108 Mio. € trug zu diesem abrupten Anstieg bei). Das Schadensvolumen lag bei 507,4 Mio. € (-20%).

Im Bereich der Heranführungshilfe ging die Zahl der als Betrug gemeldeten Unregelmäßigkeiten deutlich zurück (von 23 im Jahr 2021 auf nun 9 Fälle), das Schadensvolumen sank ebenso von 1,3 Mio. € auf 0,9 Mio. €.

Bei der direkten Mittelverwaltung wurden im Zusammenhang mit betrügerischen Unregelmäßigkeiten im Jahr 2022 insgesamt 37 Einziehungen mit einem Gesamtvolumen von 5,7 Mio. € erfasst. Diese Unregelmäßigkeiten entsprechen 0,02 % der insgesamt ausgezahlten Mittel, was im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre liegt. Bei den nichtbetrügerischen Unregelmäßigkeiten wurden im Jahr 2022 insgesamt 733 Einziehungsvorgänge mit einem Gesamtbetrag von 56 Mio. € erfasst. Die Aufdeckungsquote bei den Unregelmäßigkeiten lag in den letzten fünf Jahren bei 0,22 %.

Im Bereich Eigenmittel wurden 454 als Betrug gemeldete Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und gemeldet (+6,8% gegenüber 5-Jahres Durchschnitt 2018-2022). Das damit verbundene Schadensvolumen betrug 103 Mio. €. Die Zahl der nicht als Betrug gemeldeten Unregelmäßigkeiten lag bei 4.207 Fällen (+9,4% gegenüber 5-Jahres Durchschnitt 2018-2022), das Schadensvolumen bei 680 Mio. € (+70% auf Grund eines außerordentlichen Falles in Belgien in Höhe von 305 Mio. €).

### **1.7.3 Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) – Tätigkeitsbericht 2022<sup>32</sup>**

Der Schutz der finanziellen Interessen der Union umfasst die Aufdeckung und Verfolgung von Betrug im Zollbereich, von missbräuchlicher Verwendung von Subventionen, von Steuerhinterziehung (soweit sie sich auf den EU-Haushalt auswirkt), außerdem die Bekämpfung von Korruption und sonstigen Gesetzesverstößen, die die finanziellen Interessen der Union schädigen.

Um diese Maßnahmen zu verstärken, hat die EU 1999 das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) gegründet. Es unterstützt die EU-Institutionen beim Schutz der finanziellen Interessen der Union. Das Amt verfügt bei der Durchführung von Ermittlungen über volle Unabhängigkeit. Sofern es allerdings nicht operativ tätig ist, untersteht OLAF der EK.

OLAF erstellt jährlich einen Tätigkeitsbericht über seine operativen Maßnahmen des Vorjahres. Am 7. Juni 2023 legte OLAF seinen Jahresbericht für das Jahr 2022 vor, der anhand von Fallstudien und umfangreichem statistischem Material die Tätigkeit des Amtes innerhalb und außerhalb der EU beschreibt. Dieser Tätigkeitsbericht ist vom jährlichen EK-Bericht gemäß Art. 325 AEUV über den „Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung, Jahresbericht“ zu unterscheiden (siehe Abschnitt 1.7.2).

Die Zahl der von natürlichen Personen und Institutionen an OLAF gemeldeten untersuchungswürdigen Hinweise ist auf hohem Niveau leicht zurückgegangen (1.017 gegenüber 1.122 im Jahr 2021). Dies wird von OLAF als Hinweis dafür gesehen, dass weiterhin eine gute Zusammenarbeit des Amtes mit Personen besteht, die Informationen zur Verfügung stellen bzw. in anderer Weise kooperieren.

Die Zahl der von OLAF eingeleiteten Untersuchungen ging auf 192 zurück (2021 waren es noch 234). Darüber hinaus wurden 2022 insgesamt 256 Untersuchungen abgeschlossen.

---

<sup>32</sup> [https://ec.europa.eu/olaf-report/2022/index\\_en.html](https://ec.europa.eu/olaf-report/2022/index_en.html)

OLAF gab insgesamt 275 Empfehlungen für finanzielle, justizielle, administrative oder disziplinarrechtliche Folgemaßnahmen der zuständigen Behörden ab. Diese Zahl ist gegenüber 2021 (insgesamt 294) zurückgegangen.

2022 betrug das Gesamtvolumen der von OLAF empfohlenen Einziehungen (Rückforderungen) zugunsten des EU-Haushalts 426,8 Mio. € (2021 rund 527 Mio. €, 2020 rund 294 Mio. €).

Die wichtigsten Betrugstrends im Jahr 2022 waren größtenteils jene, die bereits in den vergangenen Jahren beobachtet worden waren, wobei ein gewisser Anstieg der digitalen Betrugsfälle stattfand. OLAF untersuchte Vorwürfe und Fälle von Absprachen, Manipulationen von Vergabeverfahren, Interessenkonflikten, überhöhten Rechnungen, Umgehung von Zöllen, Schmuggel und Fälschungen.

Während der COVID-19-Pandemie fanden auch betrügerische Aktivitäten zunehmend online statt. Dies stellt die ermittelnden und analysierenden Personen von OLAF vor neue Herausforderungen, wenn es darum geht, wichtige Daten aufzuspüren und Wege zu finden, mit der Arbeit über Grenzen hinweg umzugehen, um ein umfassenderes Bild betrügerischer Organisationen zu erstellen.

2022 wurden hohen Summen an Mitteln aus der RRF (siehe Abschnitt 1.4.3) ausgezahlt, um den Mitgliedstaaten bei der Erholung von der Pandemie zu helfen. OLAF leistete kontinuierliche Unterstützung und Beratung für die nationalen Behörden und betonte dabei die Bedeutung der Früherkennung von Unregelmäßigkeiten aufgrund der neuen Art der Geldverteilung und -abrechnung sowie der hohen Beträge.

Wie in den Vorjahren gehörte auch 2022 die Bekämpfung des Schmuggels zu den Kernaktivitäten von OLAF. Beim Zigarettenschmuggel half OLAF Zollbeamten rund um den Globus dabei, 531 Millionen illegal gehandelte Zigaretten und über 205 Tonnen Rohtabak zu beschlagnahmen. Durch diese Beschlagnahmungen konnten rund 153 Mio. € an entgangenen Zoll-, Verbrauchsteuer- und Mehrwertsteuereinnahmen eingehoben werden.

Im Jahr 2022 war OLAF für die Einführung des neuen Betrugsbekämpfungsprogramms der Union verantwortlich, das die Mitgliedstaaten beim Aufbau ihrer nationalen Betrugsbekämpfungskapazitäten unterstützt. Das Programm verfügt für den Zeitraum 2021–2027 über ein Budget von 181 Mio. €. Im Laufe des Jahres leistete OLAF weiters einen Beitrag zu den wichtigsten politischen Prioritäten der EU, indem es den zuständigen Dienststellen der EK und den nationalen Behörden Ratschläge zur Betrugsbekämpfung erteilte. Im Zuge dieser Maßnahmen stellte OLAF unter ande-

rem einen Risikorahmen für die RRF zur Verfügung und führte über 50 Schulungssitzungen zur Betrugsaufklärung für EK-Dienststellen, Agenturen und andere externe Partner, einschließlich der Behörden der Mitgliedstaaten, durch.

## 2 Tabellenteil

Tabelle 6: EU-27 Nationaler Beitrag nach Mitgliedstaaten und zu Gunsten der EU erhobene Traditionelle Eigenmittel 2022; in Mio. €; laufende Preise

	MwSt- Eigenmittel (1)	BNE- Eigenmittel (2)	Bruttoreduzierung DK/DE/NL/AT/SE (3)	Plastik- Eigenmittel (4)	Nationaler Beitrag (5)= $\sum$ (1) bis (4)		Traditionelle Eigenmittel netto 75% (6)	Eigenmittel gesamt (7)=(5)+(6)	
BE	680,4	3.636,8	273,3	147,5	<b>4.738,0</b>	3,6%	3.029,6	<b>7.767,6</b>	5,0%
BG	110,8	496,1	37,3	44,0	<b>688,2</b>	0,5%	166,2	<b>854,4</b>	0,6%
CZ	330,5	1.738,4	130,7	52,0	<b>2.251,6</b>	1,7%	394,9	<b>2.646,5</b>	1,7%
DK	417,9	2.444,4	-204,0	110,2	<b>2.768,5</b>	2,1%	466,1	<b>3.234,6</b>	2,1%
DE	4.837,6	26.390,0	-1.793,5	1.377,0	<b>30.811,1</b>	23,7%	4.894,0	<b>35.705,1</b>	23,0%
EE	48,5	218,7	16,4	24,0	<b>307,6</b>	0,2%	66,2	<b>373,8</b>	0,2%
IE	323,1	2.319,8	174,3	196,7	<b>3.013,9</b>	2,3%	482,2	<b>3.496,1</b>	2,3%
EL	226,0	1.329,7	99,9	69,8	<b>1.725,4</b>	1,3%	690,3	<b>2.415,7</b>	1,6%
ES	1.815,2	8.780,5	659,8	498,2	<b>11.753,7</b>	9,0%	2.040,2	<b>13.793,9</b>	8,9%
FR	3.619,1	17.943,5	1.348,3	1.305,6	<b>24.216,5</b>	18,6%	2.259,7	<b>26.476,2</b>	17,1%
HR	90,6	405,9	30,5	20,0	<b>547,0</b>	0,4%	62,6	<b>609,6</b>	0,4%
IT	2.156,0	12.813,4	962,8	793,2	<b>16.725,4</b>	12,9%	2.784,9	<b>19.510,3</b>	12,6%
CY	35,3	158,2	11,9	4,3	<b>209,7</b>	0,2%	39,2	<b>248,9</b>	0,2%
LV	48,0	235,3	17,7	14,9	<b>315,9</b>	0,2%	66,0	<b>381,9</b>	0,2%
LT	69,7	391,4	29,4	12,9	<b>503,4</b>	0,4%	151,6	<b>655,0</b>	0,4%
LU	87,1	390,0	29,3	13,3	<b>519,7</b>	0,4%	16,2	<b>535,9</b>	0,3%
HU	190,4	1.018,1	76,1	191,2	<b>1.475,8</b>	1,1%	366,6	<b>1.842,4</b>	1,2%
MT	19,6	98,2	7,4	8,9	<b>134,1</b>	0,1%	21,4	<b>155,5</b>	0,1%
NL	1245,2	6.181,7	-1.511,7	177,3	<b>6.092,5</b>	4,7%	3.709,2	<b>9.801,7</b>	6,3%
AT	598,2	2.901,5	-363,2	154,4	<b>3.290,9</b>	2,5%	288,8	<b>3.579,7</b>	2,3%
PL	897,6	4.070,2	305,6	555,0	<b>5.828,4</b>	4,5%	1.350,3	<b>7.178,7</b>	4,6%
PT	337,6	1.512,1	113,6	168,1	<b>2.131,4</b>	1,6%	332,0	<b>2.463,4</b>	1,6%
RO	251,1	1.768,8	132,9	196,3	<b>2.349,1</b>	1,8%	296,7	<b>2.645,8</b>	1,7%
SL	78,7	372,8	28,0	15,2	<b>494,7</b>	0,4%	221,1	<b>715,8</b>	0,5%
SK	124,9	704,0	52,9	34,2	<b>916,0</b>	0,7%	115,1	<b>1.031,1</b>	0,7%
FI	297,0	1.812,4	136,2	60,2	<b>2.305,8</b>	1,8%	223,1	<b>2.528,9</b>	1,6%
SE	729,5	3.748,7	-783,5	92,9	<b>3.787,6</b>	2,9%	642,7	<b>4.430,3</b>	2,9%
<b>EU-27</b>	<b>19.665,7</b>	<b>103.880,4</b>	<b>18,6</b>	<b>6.337,3</b>	<b>129.901,9</b>	<b>100,0</b>	<b>25.177,1</b>	<b>155.078,3</b>	<b>100,0</b>

Quelle: EK



Tabelle 7: EU-Beiträge und-Rückflüsse Österreichs 2007-2022; in Mio. €; laufende Preise

Finanzperiode	2007 - 2013							2014 - 2020								
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
<b>EIGENMITTEL</b>																
MwSt.-EM inkl. Berichtigungen	409,0	389,4	270,7	287,1	306,1	327,0	333,8	453,0	445,3	467,0	511,1	518,3	529,4	526,7	534,9	598,2
BNE-EM inkl. Reserve	1.564,8	1.567,3	1.871,3	2.130,6	2.149,1	2.389,4	2.639,1	2.195,9	2.046,4	2.232,9	1.869,1	2.722,2	2.634,9	3.024,3	3.216,1	2.901,5
EM-Berichtigungen aus Vorjahren (BNE und MwSt.)											-16,4	-30,5	-84,2	-77,8	-52,3	
Finanzierung UK-Korrektur inkl. Vorjahre	43,0	36,0	27,7	22,7	24,0	26,9	32,2	40,5	36,3	45,2	35,0	36,5	36,0	44,3		
Plastik-EM															156,1	154,4
Bruttoreduzierung DK, DE, NL, AT, S (EMB 2014) vormals BNE-Reduktion NL, S (EMB 2007)			19,4	18,9	19,1	20,3	21,0	0,0	0,0	14,7	26,2	26,8	27,3	27,9	-358,5	-363,2
Berichtigungen EMB 2007, EMB 2014	-16,7	-14,3						76,4	80,0		-0,4					
Anpassung für Nichtteilnahme an einzelnen Programmen	0,1	0,2	0,9	1,0	0,9	1,5	1,4	1,6	1,2	2,7	4,5	3,8	4,1	4,7	1,5	2,1
<b>Nationaler Beitrag (absolut) <sup>1)</sup></b>	<b>2.000,2</b>	<b>1.978,6</b>	<b>2.189,9</b>	<b>2.460,3</b>	<b>2.499,2</b>	<b>2.765,1</b>	<b>3.027,5</b>	<b>2.767,4</b>	<b>2.609,3</b>	<b>2.762,6</b>	<b>2.429,1</b>	<b>3.277,1</b>	<b>3.147,5</b>	<b>3.550,1</b>	<b>3.497,8</b>	<b>3.292,9</b>
<b>in BNE % Österreichs</b>	<b>0,7%</b>	<b>0,7%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,7%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,8%</b>	<b>1,0%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,7%</b>
<b>pro Kopf (in Euro); Quelle Ameco, Eurostat</b>	<b>241,1</b>	<b>237,8</b>	<b>262,5</b>	<b>294,3</b>	<b>297,9</b>	<b>328,2</b>	<b>357,8</b>	<b>325,8</b>	<b>304,2</b>	<b>317,9</b>	<b>277,0</b>	<b>374,4</b>	<b>357,6</b>	<b>401,5</b>	<b>393,0</b>	<b>367,0</b>
Trad. Eigenmittel (exkl. Einhebungsvergütung)	201,1	201,6	156,9	166,6	189,5	177,1	163,9	189,2	210,3	214,0	220,4	209,7	221,1	209,6	215,9	288,8
<b>Gesamtbeitrag der Eigenmittelzahlungen <sup>2)</sup></b>	<b>2.201,3</b>	<b>2.180,2</b>	<b>2.346,8</b>	<b>2.626,9</b>	<b>2.688,7</b>	<b>2.942,2</b>	<b>3.191,4</b>	<b>2.956,6</b>	<b>2.819,6</b>	<b>2.976,6</b>	<b>2.649,5</b>	<b>3.486,8</b>	<b>3.368,6</b>	<b>3.759,7</b>	<b>3.713,8</b>	<b>3.581,7</b>
<b>Finanzierungsanteil Österreichs (nationaler Beitrag)</b>	<b>2,1%</b>	<b>2,1%</b>	<b>2,3%</b>	<b>2,4%</b>	<b>2,4%</b>	<b>2,5%</b>	<b>2,4%</b>	<b>2,4%</b>	<b>2,2%</b>	<b>2,5%</b>	<b>2,6%</b>	<b>2,7%</b>	<b>2,6%</b>	<b>2,5%</b>	<b>2,5%</b>	<b>2,5%</b>
<b>RÜCKFLÜSSE</b>																
Landwirtschaft	1.130,0	1.217,8	1.307,7	1.351,2	1.312,4	1.289,5	1.262,8	1.004,0	1.144,9	1.364,1	1.206,7	1.238,5	1.271,0	1.299,0	1.305,3	1.138,3
Kohäsionspol. Maßnahmen	264,7	231,9	241,2	162,2	218,8	232,0	291,1	298,0	262,7	96,9	85,0	179,8	265,9	227,3	417,0	484,1
Interne Politikbereiche *)	183,7	283,9	247,5	287,4	325,5	315,4	287,1	227,1	357,0	454,9	426,0	507,1	448,5	558,0	434,1	588,3
Kohäsion, Resilienz und Werte **)															479,0	
Verwaltung	20,0	43,7	20,0	20,8	19,1	19,0	21,0	21,8	22,9	24,0	25,2	27,3	29,3	29,3	36,4	41,3
Besondere Instrumente								21,7					8,2	2,3	31,8	16,0
<b>Rückflüsse</b>	<b>1.598,4</b>	<b>1.777,3</b>	<b>1.816,4</b>	<b>1.821,6</b>	<b>1.875,8</b>	<b>1.855,9</b>	<b>1.862,0</b>	<b>1.572,6</b>	<b>1.787,5</b>	<b>1.939,9</b>	<b>1.742,9</b>	<b>1.952,7</b>	<b>2.022,9</b>	<b>2.115,9</b>	<b>2.703,6</b>	<b>2.266,0</b>
<b>Rückflüsse in % des Nationalen Beitrages</b>	<b>79,9%</b>	<b>89,8%</b>	<b>82,9%</b>	<b>74,0%</b>	<b>75,1%</b>	<b>67,1%</b>	<b>61,5%</b>	<b>56,8%</b>	<b>68,5%</b>	<b>70,2%</b>	<b>71,8%</b>	<b>59,6%</b>	<b>64,3%</b>	<b>59,6%</b>	<b>76,5%</b>	<b>68,8%</b>
<b>MITTELWERTE je Finanzperiode</b>				<b>75,7%</b>							<b>64,4%</b>					

<sup>1)</sup> Nationaler Beitrag = MwSt-basierte Eigenmittel + BNE-abhängige Eigenmittel + Plastik-Eigenmittel + Nettopauschalkorrektur (österreichischer Pauschalrabatt abzüglich österreichischer Beitrag zur Finanzierung der Rabatte) + Anpassung für die Nichtteilnahme einzelner Mitgliedstaaten an Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres und der Europäischen Staatsanwaltschaft; Berichtigungen EMB 2007 sowie EMB 2014 (Anpassung für das retroaktive Inkrafttreten des EMB 2007 und EMB 2014, d.h. sofortiges Inkrafttreten 1.1.2007 bzw. 1.1.2014 (fiktiv).

<sup>2)</sup> Gesamtbetrag der Eigenmittelzahlungen = Nationaler Beitrag + Traditionelle Eigenmittel 75% (bzw. 80% von 2014 bis 2020)

\*) ab 2014 inkl. EUSF

\*\*) ab 2021 inkl. RRF

Quelle: EK; BMF-Berechnungen

Tabelle 8: Aufteilung der EU-27 Ausgaben 2022 nach Rubriken und Mitgliedstaaten; in Mio. €; laufende Preise

	1. Binnenmarkt, Innovation und Digitales	2. Zusammenhalt, Resilienz und Werte	3. Natürliche Ressourcen und Umwelt	4. Migration und Grenzmanagement	5. Sicherheit und Verteidigung	6. Nachbarschaft und die Welt	7. Europäische öffentliche Verwaltung	Solidaritäts- mechanismen innerhalb und außerhalb der Union	<b>Ausgaben gesamt</b>	Ausgaben insgesamt in %
BE	1.928,9	1.313,9	819,9	250,7	95,8	584,5	6.006,6	211,8	<b>11.212,1</b>	7,4%
BG	101,5	1.087,0	1.064,1	50,9	7,2	15,7	8,9	8,4	<b>2.343,7</b>	1,5%
CZ	203,7	3.814,0	1.220,6	14,9	17,9	6,0	17,7	0,0	<b>5.294,8</b>	3,5%
DK	720,2	228,9	977,3	13,5	2,7	14,5	78,4	150,7	<b>2.186,2</b>	1,4%
DE	2.830,6	3.739,8	6.382,3	332,6	162,9	68,0	289,1	354,2	<b>14.159,5</b>	9,4%
EE	105,0	739,0	304,1	65,5	16,6	4,5	14,8	3,6	<b>1.253,1</b>	0,8%
IE	241,4	158,2	1.565,1	9,2	6,6	5,4	78,1	276,7	<b>2.340,7</b>	1,5%
EL	397,0	1.965,2	2.953,5	409,6	34,8	27,7	39,4	24,0	<b>5.851,2</b>	3,9%
ES	1.558,8	5.070,4	6.949,5	235,1	63,9	58,3	152,8	159,8	<b>14.248,6</b>	9,4%
FR	2.957,9	2.955,3	9.499,3	207,8	142,5	128,1	508,3	493,1	<b>16.892,3</b>	11,2%
HR	44,9	1.212,4	711,5	41,6	8,3	24,7	12,2	3,9	<b>2.059,5</b>	1,4%
IT	1.939,8	6.295,2	5.694,0	216,4	95,9	77,5	238,9	34,8	<b>14.592,5</b>	9,6%
CY	135,7	188,6	73,1	51,6	3,6	1,2	5,8	28,5	<b>488,1</b>	0,3%
LV	67,1	807,9	446,3	30,6	7,5	1,9	7,8	6,0	<b>1.375,1</b>	0,9%
LT	78,8	1.259,8	789,8	56,7	70,9	5,3	15,7	6,7	<b>2.283,7</b>	1,5%
LU	662,0	184,5	83,6	32,5	10,8	23,2	1.841,3	1,8	<b>2.839,7</b>	1,9%
HU	96,3	3.953,8	1.900,2	31,5	16,0	23,5	9,5	31,3	<b>6.062,1</b>	4,0%
MT	17,5	120,9	19,1	69,8	3,2	0,7	8,8	24,3	<b>264,3</b>	0,2%
NL	1.327,1	447,4	879,4	77,9	157,4	30,8	100,6	490,3	<b>3.510,9</b>	2,3%
AT	509,2	484,1	1.138,3	51,7	10,9	14,5	41,3	16,0	<b>2.266,0</b>	1,5%
PL	406,3	12.543,2	4.862,0	323,8	37,0	18,8	32,9	95,1	<b>18.319,1</b>	12,1%
PT	322,6	3.339,4	1.419,5	50,8	28,9	8,7	59,9	44,6	<b>5.274,4</b>	3,5%
RO	99,6	5.051,0	2.862,8	52,8	17,5	35,2	19,2	23,6	<b>8.161,7</b>	5,4%
SL	133,9	485,8	276,7	22,4	11,8	2,0	11,7	0,0	<b>944,3</b>	0,6%
SK	53,5	2.492,6	561,1	11,7	16,7	5,5	15,9	19,9	<b>3.176,9</b>	2,1%
FI	433,4	279,3	926,2	42,0	22,6	12,9	56,7	0,0	<b>1.773,1</b>	1,2%
SE	479,8	450,7	963,1	60,0	40,6	8,3	46,6	75,3	<b>2.124,4</b>	1,4%
<b>EU-27</b>	<b>17.852,7</b>	<b>60.668,4</b>	<b>55.342,2</b>	<b>2.813,8</b>	<b>1.110,6</b>	<b>1.207,2</b>	<b>9.718,6</b>	<b>2.584,3</b>	<b>151.297,8</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: EK

Tabelle 9: Nettopositionen der EU-27 Mitgliedstaaten 2007-2022 (operative Haushaltssalden); in Mio. €; laufende Preise

	2007	2008	2009 <sup>*)</sup>	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 <sup>**)</sup>	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BE	-868,2	-720,6	-1.663,9	-1.466,4	-1.369,6	-1.493,7	-1.541,1	-1.478,1	-1.387,8	-1.533,9	-715,7	-511,6	-572,8	-664,3	-1.003,3	38,9
BG	335,1	669,6	624,2	895,5	725,4	1.329,7	1.529,0	1.824,3	2.279,4	1.946,5	1.471,3	1.669,2	1.695,4	1.640,6	1.867,5	1.584,5
CZ	656,7	1.178,0	1.702,5	2.079,3	1.455,2	3.045,2	3.401,1	3.004,2	5.699,4	3.221,8	2.479,5	2.385,1	3.515,1	3.518,0	3.141,0	2.821,5
DK	-604,4	-543,2	-969,5	-615,3	-836,6	-1.126,0	-1.277,1	-836,0	-790,4	-638,9	-702,6	-1.199,7	-1.021,7	-1.329,7	-1.475,9	-860,7
DE	-7.415,2	-8.774,3	-6.357,5	-9.223,6	-9.002,5	-11.953,8	-13.824,8	-15.501,6	-14.306,8	-10.988,0	-10.675,4	-13.486,6	-14.323,4	-15.463,6	-21.408,8	-19.731,0
EE	226,2	227,4	573,0	672,7	350,4	785,3	771,4	473,8	242,9	478,8	471,1	539,3	923,9	798,5	748,9	902,9
IE	662,1	566,1	-47,5	803,9	383,8	670,6	279,1	38,8	349,3	181,4	-172,6	-319,7	-27,8	-168,2	-441,3	-997,8
EL	5.437,2	6.279,7	3.121,0	3.597,4	4.622,6	4.544,9	5.340,7	5.162,6	4.934,0	4.286,3	3.740,7	3.349,4	3.678,3	5.745,2	4.681,6	3.930,3
ES	3.651,8	2.813,2	1.181,7	4.100,9	2.995,0	3.999,0	3.058,3	1.090,6	4.527,4	1.678,1	729,4	1.841,8	733,5	1.759,0	3.429,3	1.278,5
FR	-2.997,3	-3.842,7	-5.872,7	-5.534,8	-6.405,8	-8.297,5	-8.445,7	-7.164,5	-5.522,5	-9.216,3	-4.569,3	-5.970,6	-6.756,1	-8.014,0	-10.945,7	-10.023,7
HR							49,6	173,4	226,7	516,5	261,9	660,3	1.606,1	2.180,7	1.767,0	1.450,9
IT	-2.013,5	-4.101,4	-5.058,5	-4.534,0	-5.933,0	-5.058,1	-3.789,9	-4.467,0	-2.638,7	-3.206,8	-3.577,8	-5.071,4	-4.061,0	-4.771,0	-1.475,1	-3.885,5
CY	-10,5	-17,7	-2,3	10,6	6,9	-25,2	40,4	114,8	-23,4	21,2	50,8	77,6	72,4	10,8	192,3	253,7
LV	488,8	407,0	501,5	674,2	731,3	955,9	801,2	799,8	759,4	504,3	527,3	968,7	1.113,8	1.032,6	905,5	1.023,0
LT	793,2	842,6	1.493,3	1.358,4	1.368,0	1.514,0	1.514,5	1.543,2	540,3	1.142,8	1.265,5	1.704,8	1.162,5	2.140,1	1.637,4	1.719,1
LU	-139,8	-22,1	-100,2	-41,9	-75,0	-79,5	-69,4	80,1	-94,0	7,5	13,9	17,6	15,4	364,3	239,8	431,7
HU	1.605,9	1.111,7	2.719,4	2.748,4	4.418,3	3.280,4	4.954,5	5.681,6	4.636,5	3.580,9	3.137,5	5.205,5	5.075,8	4.847,4	4.307,2	4.443,7
MT	28,1	30,0	8,6	52,9	67,0	71,4	88,0	179,4	31,7	118,8	104,7	46,1	142,8	81,8	66,0	109,3
NL	-2.864,3	-2.678,2	117,7	-1.833,1	-2.214,0	-2.364,5	-2.675,1	-4.711,0	-3.695,2	-308,7	-1.391,6	-2.475,1	-2.970,6	-3.143,8	-4.076,3	-3.234,7
AT	-563,2	-356,4	-402,1	-677,0	-805,1	-1.073,3	-1.251,7	-1.240,6	-851,1	-967,9	-933,1	-1.354,3	-1.212,9	-1.428,1	-1.289,8	-1.364,3
PL	5.136,4	4.441,7	6.337,1	8.427,5	10.975,1	11.997,2	12.237,1	13.748,1	9.483,1	6.973,1	8.565,9	12.335,7	12.041,3	13.233,1	12.924,3	11.932,7
PT	2.474,4	2.695,1	2.150,7	2.622,6	2.983,7	5.027,2	4.416,7	3.211,3	981,2	1.717,3	2.437,2	3.266,9	2.566,8	3.273,8	3.220,2	2.890,4
RO	595,8	1.581,0	1.692,5	1.245,2	1.451,5	2.031,6	4.142,8	4.519,9	5.154,5	5.961,6	3.380,9	3.191,3	3.378,4	4.931,4	4.171,2	5.581,1
SL	88,6	113,8	241,9	424,1	490,1	572,2	429,2	794,4	578,9	180,3	145,1	531,4	513,5	588,6	509,2	393,2
SK	617,8	725,8	542,1	1.349,6	1.160,6	1.597,0	1.287,4	1.010,1	3.095,1	1.986,0	979,6	1.682,1	1.528,0	1.713,2	1.769,9	2.162,2
FI	-171,6	-318,5	-544,2	-300,2	-652,1	-658,8	-604,0	-809,0	-488,3	-424,3	-275,4	-579,0	-559,1	-781,3	-969,6	-798,1
SE	-994,8	-1.463,1	-85,6	-1.211,4	-1.325,4	-1.925,1	-2.220,7	-2.312,7	-2.200,2	-946,4	-1.403,5	-1.532,9	-1.435,6	-1.905,4	-2.492,7	-2.051,5
UK	-4.155,3	-844,3	-1.903,3	-5.625,9	-5.565,6	-7.366,1	-8.641,7	-4.929,8	-11.521,4	-6.272,2	-5.345,1	-6.972,0	-6.821,8	-10.189,8		

\*) Inkl. Anpassung für das retroaktive Inkrafttreten des EMB 2007, d.h. sofortiges Inkrafttreten 1.1.2007 (fiktiv).

\*\*) Inkl. Anpassung für das retroaktive Inkrafttreten des EMB 2014, d.h. sofortiges Inkrafttreten 1.1.2014 (fiktiv).

Quelle: EK; ab 2021 BMF-Berechnungen

Tabelle 10: Nettositionen der EU-27 Mitgliedstaaten 2007-2022 (operative Haushaltssalden); in BNE %

	2007	2008	2009 <sup>*)</sup>	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 <sup>**)</sup>	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BE	-0,25	-0,20	-0,48	-0,39	-0,36	-0,38	-0,39	-0,37	-0,33	-0,36	-0,16	-0,11	-0,12	-0,15	-0,20	0,01
BG	1,13	1,92	1,77	2,50	1,88	3,32	3,80	4,45	5,33	4,15	2,92	3,01	2,78	2,66	2,84	1,87
CZ	0,51	0,78	1,23	1,44	0,96	2,02	2,33	2,08	3,77	1,96	1,37	1,22	1,67	1,75	1,37	1,02
DK	-0,26	-0,22	-0,42	-0,25	-0,33	-0,44	-0,49	-0,32	-0,29	-0,22	-0,24	-0,39	-0,32	-0,41	-0,43	-0,23
DE	-0,29	-0,34	-0,25	-0,35	-0,33	-0,42	-0,48	-0,52	-0,46	-0,34	-0,32	-0,39	-0,41	-0,45	-0,58	-0,51
EE	1,50	1,46	4,18	4,82	2,25	4,64	4,22	2,49	1,21	2,34	2,09	2,15	3,36	2,98	2,47	2,50
IE	0,39	0,35	-0,03	0,58	0,27	0,47	0,19	0,02	0,19	0,08	-0,07	-0,13	-0,01	-0,06	-0,14	-0,20
EL	2,40	2,68	1,35	1,62	2,29	2,33	2,93	2,89	2,80	2,43	2,10	1,83	1,97	3,48	2,57	1,89
ES	0,35	0,26	0,11	0,38	0,28	0,38	0,29	0,10	0,42	0,15	0,06	0,15	0,06	0,16	0,28	0,10
FR	-0,15	-0,19	-0,30	-0,27	-0,30	-0,39	-0,39	-0,33	-0,25	-0,41	-0,20	-0,25	-0,27	-0,34	-0,43	-0,38
HR							0,12	0,42	0,52	1,17	0,55	1,31	3,02	4,41	3,08	2,17
IT	-0,12	-0,25	-0,32	-0,28	-0,36	-0,31	-0,24	-0,28	-0,16	-0,19	-0,21	-0,29	-0,23	-0,29	-0,08	-0,20
CY	-0,06	-0,10	-0,01	0,06	0,03	-0,13	0,23	0,69	-0,13	0,12	0,27	0,38	0,34	0,05	0,88	0,94
LV	2,23	1,69	2,49	3,70	3,62	4,33	3,46	3,35	3,12	2,01	1,98	3,31	3,68	3,52	2,76	2,62
LT	2,84	2,67	5,44	4,94	4,55	4,69	4,45	4,38	1,51	3,09	3,14	3,96	2,48	4,53	3,05	2,57
LU	-0,48	-0,07	-0,42	-0,16	-0,27	-0,28	-0,24	0,27	-0,27	0,02	0,04	0,04	0,04	0,84	0,46	0,55
HU	1,70	1,11	3,05	2,95	4,62	3,47	5,08	5,64	4,38	3,30	2,66	4,11	3,67	3,62	2,89	2,61
MT	0,50	0,50	0,15	0,84	1,00	1,03	1,21	2,35	0,37	1,27	1,00	0,41	1,18	0,71	0,49	0,65
NL	-0,47	-0,43	0,02	-0,29	-0,34	-0,36	-0,42	-0,71	-0,54	-0,04	-0,19	-0,32	-0,36	-0,40	-0,48	-0,34
AT	-0,20	-0,12	-0,14	-0,23	-0,26	-0,34	-0,39	-0,38	-0,25	-0,28	-0,25	-0,35	-0,31	-0,38	-0,32	-0,30
PL	1,70	1,25	2,09	2,43	3,03	3,24	3,22	3,47	2,31	1,17	1,92	2,59	2,40	2,63	2,32	1,82
PT	1,46	1,57	1,27	1,51	1,73	3,06	2,63	1,88	0,56	0,95	1,29	1,66	1,24	1,64	1,54	1,21
RO	0,49	1,14	1,42	0,99	1,10	1,55	2,94	3,09	3,27	3,62	1,85	1,61	1,53	2,29	1,76	1,95
SL	0,26	0,31	0,68	1,18	1,34	1,60	1,20	2,17	1,51	0,46	0,34	1,17	1,09	1,31	0,98	0,67
SK	1,13	1,13	0,85	2,06	1,69	2,26	1,78	1,37	4,07	2,49	1,17	1,90	1,65	1,90	1,84	1,97
FI	-0,09	-0,16	-0,30	-0,16	-0,33	-0,33	-0,30	-0,40	-0,23	-0,20	-0,12	-0,25	-0,23	-0,33	-0,38	-0,30
SE	-0,27	-0,40	-0,03	-0,32	-0,32	-0,44	-0,49	-0,52	-0,48	-0,20	-0,29	-0,32	-0,29	-0,39	-0,46	-0,37
UK	-0,19	-0,04	-0,11	-0,31	-0,30	-0,36	-0,43	-0,23	-0,46	-0,27	-0,23	-0,29	-0,27	-0,44		

\*) Inkl. Anpassung für das retroaktive Inkrafttreten des EMB 2007, d.h. sofortiges Inkrafttreten 1.1.2007 (fiktiv)

\*\*\*) Inkl. Anpassung für das retroaktive Inkrafttreten des EMB 2014, d.h. sofortiges Inkrafttreten 1.1.2014 (fiktiv)

Quelle: EK; ab 2021 BMF-Berechnungen

# 3 Abkürzungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
ARP	Aufbau- und Resilienzplan
BH	Berichtigungshaushalt(-splan)
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMAW	Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BML	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft
BMSGPK	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
BNE	Bruttonationaleinkommen
BVA(-E)	Bundesvoranschlag (-sentwurf)
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism (CO2-Grenzausgleichssystem)
CEF	Connecting Europe Facility (EU-Infrastruktur-Förderprogramm)
ECOFIN	Rat der Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten
EDPS	Europäischer Datenschutzbeauftragter
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSI	Europäischer Fonds für strategische Investitionen
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EK	Europäische Kommission
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMB	Eigenmittelbeschluss
EMFF	Europäischer Meeres- und Fischereifonds
EP	Europäisches Parlament
ESF(+)	Europäischer Sozialfonds (+)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EuRH	Europäischer Rechnungshof
FAG	Finanzausgleichsgesetz
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
idgF.	in der geltenden Fassung
ITER	International Thermonuclear Experimental Reactor
JI	Justiz und Inneres
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
MfV	Mittel für Verpflichtungen
MfZ	Mittel für Zahlungen
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
MwSt	Mehrwertsteuer
NGEU	Next Generation EU (Aufbauinstrument)
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
RRF	Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility)
VO	Verordnung (EU-Recht)

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Österreichs EU-Beitrag und Rückflüsse; Finanzierungshaushalt; in Mio. €	5
Tabelle 2:	Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027; in Mio. €; laufende Preise	15
Tabelle 3:	Jahreshaushalte 2022 bis 2024; in Mio. €	20
Tabelle 4:	Erfolgsbilanz Österreichs durch Beteiligung an ausgewählten EU-Programmen, Periode 2014-2020; in Mio. €; laufende Preise; durchschnittliche Rückflussquote in % der ausgezahlten EU-finanzierten Mittel	21
Tabelle 5:	Erfolgsbilanz Österreichs durch Beteiligung an ausgewählten EU-Programmen, Periode 2021-2027; in Mio. €; laufende Preise; durchschnittliche Rückflussquote in % der ausgezahlten EU-finanzierten Mittel	21
Tabelle 6:	EU-27 Nationaler Beitrag nach Mitgliedstaaten und zu Gunsten der EU erhobene Traditionelle Eigenmittel 2022; in Mio. €; laufende Preise	40
Tabelle 7:	EU-Beiträge und-Rückflüsse Österreichs 2007-2022; in Mio. €; laufende Preise	41
Tabelle 8:	Aufteilung der EU-27 Ausgaben 2022 nach Rubriken und Mitgliedstaaten; in Mio. €; laufende Preise	42
Tabelle 9:	Nettopositionen der EU-27 Mitgliedstaaten 2007-2022 (operative Haushaltssalden); in Mio. €; laufende Preise	43
Tabelle 10:	Nettopositionen der EU-27 Mitgliedstaaten 2007-2022 (operative Haushaltssalden); in BNE %	44

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Nettopositionen der EU-Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden): Mittelwerte 2007-2013; in BNE %	30
Abbildung 2: Nettopositionen der EU-Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden): Mittelwerte 2014-2020; in BNE %	30
Abbildung 3: Nettopositionen der EU-Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden): Mittelwerte 2021-2022; in BNE %	31

## **Impressum**

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Finanzen, Johannesgasse 5, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: Bundesministerium für Finanzen

Wien, 2024. Stand: Februar 2024

### **Copyright und Haftung:**

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Finanzen und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgehen.



**Bundesministerium für Finanzen**

Johannesgasse 5, 1010 Wien

+43 1 514 33-0

[bmf.gv.at](https://www.bmf.gv.at)